



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

VOR
ORT

STÄRKEN



Dokumentation der Abschlusskonferenz des ESF-Programms **STÄRKEN vor Ort**

vom 25.01.2012 in Berlin

Inhalt

Programmhintergrund	3
1. Einleitung	3
2. Programm	5
3. Auftaktrede von Lutz Stroppe, Leiter der Abteilung Kinder und Jugend des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7
4. Sicherung der Nachhaltigkeit in kommunalen Strukturprogrammen, Prof. Dr. Simon Güntner, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)	11
5. Verstetigung vor Ort: Erfahrungsberichte und Diskussion mit zwei Lokalen Koordinierungsstellen	16
6. Zusammenfassung von Zwischenergebnissen der Evaluation STÄRKEN vor Ort	19
7. EU Förderschwerpunkte 2014–2020 und kommunale Strukturprogramme aus der EU-Perspektive, Thomas Bender, Referatsleiter Strategische Planung ESF der EU Kommission	21
8. Zusammenfassung der Ergebnisse der Podiumsdiskussion: Impulse und Perspektiven aus STÄRKEN vor Ort für die Gestaltung neuer ESF-Programme	27
9. Kulturelle Acts im Rahmen der Abschlusskonferenz	30

Anhang:

Übersicht Wandausstellerinnen und Wandaussteller

Programmhintergrund

Das Programm STÄRKEN vor Ort hatte zum Ziel, die soziale, schulische und berufliche Integration von benachteiligten jungen Menschen und Frauen mit Problemen beim Einstieg und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu unterstützen. Durch Aktivierung sollten die Jugendlichen und Frauen mehr Möglichkeiten zur Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Bildung gewinnen. In diesem Rahmen wurden auch die zivilgesellschaftliche Beteiligung und Vernetzung der lokalen Akteure gefördert.

Mit dieser Zielstellung wurden seit März 2009 in 280 Kommunen sogenannte Lokale Aktionspläne in klar abgrenzbaren und von den Gebietskörperschaften definierten Stadtteilen sowie Landkreisen in der Fläche gefördert. Diese erhielten jährlich bis zu 100.000,- Euro (für Stadtteile) bzw. 150.000,- Euro (für Landkreise, die das Programm in der Fläche umsetzen) an ESF-Mitteln. Für das Programm STÄRKEN vor Ort wurde im Zeitraum von März 2009 bis Dezember 2011 ein Fördervolumen von insgesamt rund 71 Millionen Euro verausgabt.

Die Programmumsetzung erfolgte dezentral durch lokale Koordinierungsstellen und die lokalen bzw. regionalen Netzwerke. Die Mikroprojekte, die der Umsetzung des jeweiligen Lokalen Aktionsplans dienten, wurden vor Ort durch einen Begleitausschuss ausgewählt, in dem sich alle relevanten Akteure sowie die Bewohnerinnen und Bewohner und die Adressaten des Programms engagierten. Mehrheitlich erhielten kleine Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen Mikrozuschüsse in Höhe von bis zu 10.000,- Euro zur Verbesserung der sozialen, schulischen und beruflichen Integration von jungen Menschen mit schlechteren Startchancen und von Frauen mit Problemen beim Einstieg und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben.

1. Einleitung

Gemeinsam mit gut 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hat das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf der am 25. Januar 2012 stattgefundenen Abschlusskonferenz Bilanz gezogen – das Programm STÄRKEN vor Ort endete am 31. Dezember 2011. Der bereits im erfolgreichen Vorgängerprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ eingeschlagene Weg sollte mit STÄRKEN vor Ort weiter beschritten und vertieft werden. Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Wissenschaft und Politik haben miteinander diskutiert, wie bewährte Instrumente und erfolgreiche Ansätze aus STÄRKEN vor Ort – aber auch Erfahrungen aus „Lokales Kapital für soziale Zwecke - zukünftig in neue ESF-Programme ab 2014 einfließen können.

Die Bilanz des Programms STÄRKEN vor Ort kann sich sehen lassen: Es konnten über 235.000 Personen in rund 9.000 Mikroprojekten eingebunden und aktiviert werden. Vielen jungen Menschen sowie Frauen mit Problemen beim Einstieg- und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben haben sich dadurch neue berufliche Chancen geboten. Diese Erfolge gilt es zukünftig für die kommunale Arbeit nachhaltig zu sichern. Beispielhaft stellten die Programmverantwortlichen aus der Stadt Rosenheim und dem Kyffhäuserkreis zwei Verstetigungsstrategien aus kommunaler Sicht vor. Vertreterinnen und Vertreter aus der Wissenschaft flankierten die Ergebnisse aus der Praxis anschließend mit Evaluationsergebnissen und kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien sowie Erfahrungen aus anderen Programmen.

Thomas Bender, Vertreter der EU-Kommission, beleuchtete, welche Förderschwerpunkte die EU in der neuen ESF-Programmphase ab 2014 setzen möchte. Anschließend beteiligte er sich an der Diskussionsrunde mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Kommunen. Die Gesprächsteilnehmenden beleuchteten kritisch, welche Instrumente sich bei STÄRKEN

vor Ort besonders bewährt hatten, um die Beschäftigungsbefähigung der Zielgruppe zu verbessern sowie die soziale Kohäsion vor Ort zu stärken. Die Kommunen wünschen sich v.a. mehr Verantwortung und Vereinfachungen in zukünftigen Programmen. Sie favorisieren ferner Programmansätze, die eine ressortübergreifende und sozialraumorientierte Arbeitsweise ermöglichen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend möchte zukünftig weiterhin auf die Zielgruppe „benachteiligter Jugendliche“ fokussieren, und die bisherigen Teilprogramme der Initiative JUGEND STÄRKEN zu einem großen Programm zusammenfassen. Herr Bender sieht hinsichtlich der meisten Anregungen der Konferenzteilnehmenden keinen Widerspruch zur strategischen Ausrichtung des ESF ab 2014; mahnt aber zügiges Handeln bei der Einreichung von Programmvorschlägen in Brüssel an.



2. Programm

- 09:30-10:00 **Ankunft / Anmeldung / Begrüßungskaffee**
- 10:00-10:05 **Begrüßung**
Moderatorin Frau Ferdos Forudastan
- 10:05-10:25 **Auftaktrede**
Lutz Stroppe, Leiter der Abteilung Kinder und Jugend des BMFSFJ
- 10:25-10:55 **Sicherung der Nachhaltigkeit in kommunalen Strukturprogrammen**
Prof. Dr. Simon Güntner (Hochschule für Angewandte Wissenschaften, HAW Hamburg)
- 10:55-11:10 **Hip Hop Aufführung der Gruppe YALOE aus Koblenz**
- 11:10-12:40 **Verstetigung vor Ort:**
Erfahrungsberichte und Diskussion mit zwei Lokalen Koordinierungsstellen
Impulsgeber:
Jörn Krause (Lokale Koordinierungsstelle Kyffhäuserkreis)
Britta Schätzel (Lokale Koordinierungsstelle Stadt Rosenheim)
Anschließend Nachfragen und Diskussion mit Fragen aus dem Plenum unter Einbeziehung weiterer Gesprächsteilnehmer :

Christoph Schwamborn (ESF-Regiestelle des BMFSFJ) und Prof. Dr. Simon Güntner (HAW Hamburg)

Moderation Ferdos Forudastan
- 12:40-14:10 **Mittagspause mit Möglichkeit zum Austausch**
Wandausstellung von 15 Fördergebieten
Die Mittagspause wird durch Aufführungen der ALBERT-SCHWEITZER DRUMMER aus Hamm gestaltet
- 14:10-14:35 **Ergebnisse der Evaluation STÄRKEN vor Ort**
Dr. Elisabeth Aram (INBAS GmbH)
Dr. Jörn Sommer (INTERVAL GmbH)
- 14:35-15:05 **EU-Förderschwerpunkte 2014 – 2020 und kommunale Strukturprogramme aus der EU-Perspektive**
Thomas Bender, Referatsleiter Strategische Planung ESF (Vertreter der EU-Kommission)
- 15:05-15:20 **Modern Dance der Gruppe DANCE ATTACK aus Weißwasser**

15:20-16:20 **Podiumsdiskussion:**

Impulse und Perspektiven aus STÄRKEN vor Ort für die Gestaltung neuer ESF-Programme

Es diskutieren:

- *Hansjörg Diers (Lokale Koordinierungsstelle Hamburg-Mitte)*
- *Annett Schrenk (Lokale Koordinierungsstelle LK Mittelsachsen)*
- *Sabine Ender (Lokale Koordinierungsstelle LK Hersfeld-Rotenburg)*
- *Thomas Bender (Vertreter der EU-Kommission)*
- *Sabine Schulte Beckhausen, Referatsleiterin „Chancengerechtigkeit, Integration, Jugendsozialarbeit“ im BMFSFJ*
- Moderation Ferdos Forudastan

16:20-16:30 **Verabschiedung**

Kerstin Grosch & Christoph Schwamborn

3. Auftaktrede von Lutz Stroppe, Leiter der Abteilung Kinder und Jugend des BMFSFJ



Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die freundliche Begrüßung. Ich freue mich sehr, dass Sie heute Morgen so zahlreich zu dieser Veranstaltung gekommen sind, zu einer Veranstaltung, die Bilanz zieht, die ein Abschluss eines Programms, aber – und das zeigt, glaube ich, Ihre Beteiligung heute ganz deutlich – kein Ende ist, sondern ein Zwischenschritt hin auch zu einem neuen Beginn und ein Übergang zu einer neuen Phase. Der Schriftsteller Franz Kafka hat einmal das geflügelte Wort geprägt, das, wie ich finde, sehr gut zu STÄRKEN vor Ort passt: „Wege entstehen dadurch, dass man sie geht“. Und Sie alle sind in den letzten Jahren Wege gegangen, haben einen Aufbruch gemacht hin zu jungen Menschen, um ihnen die Hand zu reichen, damit sie ihren Weg finden. Aber STÄRKEN vor Ort ist ja nicht der Anfangspunkt gewesen. STÄRKEN vor Ort setzt dort an, wo schon anderes vor einigen Jahren begonnen hat; und viele von Ihnen werden auch schon an dem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) beteiligt gewesen sein und werden das in der neuen Förderphase dann fortgesetzt haben.

In 280 Fördergebieten konnten in den letzten drei Jahren rund 9.000 Mikroprojekte gefördert werden. Damit konnten Hilfestellungen im Bereich Ausbildung und im Bereich Berufsleben geleistet werden, um dort faire Chancen für Jugendliche zu schaffen. Diese neu entstandenen Wege wurden von über 235.000 Personen gegangen, über 166.000 davon waren unter 25 Jahre alt. Das sind beeindruckende Zahlen, aber was für mich besonders wichtig ist, hinter diesen Zahlen stehen einzelne junge Menschen. Das Besondere an diesem Programm ist, und ich werde das später noch etwas ausführen, dass es immer um den Einzelnen gegangen ist, dass man versucht hat, jedem Einzelnen gerecht zu werden, um ihm neue Chancen, neue Wege aufzuzeigen. Über 90 Prozent der Projekte, die durchgeführt worden sind, sind sowohl im Bereich der Evaluation, aber auch durch die Projektträger selber insgesamt positiv eingeschätzt worden, weil sie tatsächlich in der Lage waren, Unterstützung zu geben für die soziale, schulische und berufliche Integration von jungen Menschen.

Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht einen anderen starken Partner an unserer Seite gehabt hätten. Und dieser starke Partner ist der Europäische Sozialfonds. Wir müssen feststellen, dass die Europäische Union mit diesem Fonds uns die Möglichkeiten gegeben hat, dieses Programm in dieser Weise durchzusetzen. Das Programm dient dazu, dass in der EU eine vergleichbare, eine gleichmäßige Verteilung von Wohlstand und Lebensstandard entsteht, und dass man mit diesem Programm auch den sozialen Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Zusammenhalt fördert. Dies kann man am besten, indem man versucht, diese Mittel auch zielgerichtet einzusetzen, sodass sie auch tatsächlich bei den Menschen vor Ort ankommen.

Und wir sind hier – gerade in der Frage, wie die Mittel eingesetzt werden – in einem ganz intensiven Dialog mit der Europäischen Union. Wie Sie wissen, endet die jetzige ESF-Phase mit dem Jahr 2013. Das gleiche gilt für den politischen Rahmen. Auch hier sind wir mitten in den Diskussionen um eine Neuausrichtung. Eine schwierige Diskussion, die wir zurzeit führen. Aber im ESF-Bereich haben wir auch schon im letzten Jahr angefangen darüber Gespräche zu führen, wie die Programme weiterlaufen sollen und wie die Ausgestaltung sein soll. Heute Nachmittag wird Herr Bender von der Europäischen Union, der die ESF-Programme verantwortet, bei Ihnen sein. Mit ihm haben wir letztes Jahr gesprochen, wobei

er sich – was für mich ein ganz wichtiges Signal war – durchgehend sehr positiv zu unseren Programmen geäußert hat. Er hat die deutschen Programme, die unter dem Dach von JUGEND STÄRKEN versammelt sind, als Vorzeigeprogramme bezeichnet, in Bezug darauf wie die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds gut und zielgerichtet eingesetzt werden können.

Und das war für mich ein wichtiges Signal, auch in die Bundesrepublik Deutschland hinein, weil wir natürlich dafür sorgen müssen, dass JUGEND STÄRKEN nicht 2013 endet, sondern in neuer Form 2014 fortgesetzt wird. Damit die neuen Förderrichtlinien, die in diesem Bereich jetzt entstehen, so ausgerichtet werden, dass sie auch passgenau sind für die Arbeit mit jungen Menschen innerhalb des Jugendministeriums. Dazu stehen wir mit der Europäischen Kommission in wichtigen Gesprächen. Das BMAS macht ebenfalls eine wichtige und großartige Arbeit im Bereich des Europäischen Sozialfonds, aber das, was wir als Jugendministerium mit diesem Geld vor Ort in den einzelnen Kommunen von JUGEND STÄRKEN – im letzten Jahr waren es 1.000 Standorte – erreichen können, kann das BMAS so nicht anbieten. Deswegen ist es wichtig, dass wir auch darüber reden, dass wir für diese gute Arbeit werben, um sie auch nach 2013 fortzusetzen. Und deswegen bin ich so glücklich, dass Sie so zahlreich hier erschienen sind, weil Sie sozusagen auch die besten Botschafter für diese Programme sind – damit sie weiter in Deutschland durchgeführt werden können und wir in Europa auch die notwendige Unterstützung erhalten.

Meine Damen und Herren, durch dieses Programm ist es gelungen, über Mikroprojekte ganz konkrete Hilfestellungen für viele junge Menschen sicherzustellen. Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind in der Folge entstanden, Praktika wurden vermittelt. Jugendliche und auch Frauen wurden für ehrenamtliches Engagement motiviert. Viele der von den STÄRKEN vor Ort profitierenden jungen Menschen konnten ihre Arbeitsmarktchancen und ihre Beschäftigungsfähigkeit erhöhen. Das zeigt, dass gerade dieser niedrigschwellige Ansatz, der kommunal direkt auf die jungen Menschen zugeschnitten ist, dazu bestens geeignet ist, die Stärkung von Schlüsselkompetenzen voranzubringen, eine berufliche Orientierung zu schaffen und auch eine nachhaltige Wirkung zu entfalten. Wir sind dabei oft unkonventionelle Wege gegangen, um Hürden niedrig zu halten und Zugangsängste zu nehmen. Dadurch wurden ganz unterschiedliche Projekte angeboten, die vielleicht im ersten Moment überraschend sind. Aber es sind Wege – etwa im Bereich Tanz –, um Jugendliche zu erreichen, um sie zu motivieren selbst mitzutun und sich später zu engagieren.

Diese Wege müssen von Ort zu Ort unterschiedlich gestaltet werden. Der dezentrale Ansatz ist das Wichtige; auch oft umschrieben mit dem schönen Begriff der Subsidiarität. Wenn man öffentlich über Subsidiarität redet, stellt man jedoch fest, dass eigentlich keiner weiß, was dieser Begriff bedeutet. Deshalb finde ich auch STÄRKEN vor Ort so gut und exemplarisch: Europa wird damit ein Stück fassbarer, und in diesem Programm wird klar, was Subsidiarität heißt. Nämlich, dass diejenigen auf der untersten Ebene vor Ort, die am besten wissen, was für die Menschen, was für die Jugendlichen notwendig ist, dass diese das umsetzen. Das ist gelebtes Europa im Sinne von Subsidiarität – eine Förderung in Stadtteilen, in Quartieren, direkt bei den Menschen aus sozial schwierigen Verhältnissen, eventuell aus dem Bereich der Migration. Und dabei geht es immer – das habe ich schon angesprochen – um den einzelnen Jugendlichen. Deswegen will ich drei Beispiele nennen, die, sehr deutlich machen, um was es in diesen Programmen ging und wie erfolgreich Sie gewesen sind.

Da gab es im Erzgebirgskreis einen alten Bauwagen, der in mühevoller Handarbeit zu einer Saft-Bar umgebaut worden ist. Während der Arbeiten haben junge Menschen neue handwerkliche Fähigkeiten erworben. Das Selbstwertgefühl dieser Jugendlichen konnte erheblich gesteigert werden. Aber nebst diesen ganz praktischen Fähigkeiten, die vermittelt worden sind, und der Steigerung des Bewusstseins für das eigene Individuum sind darüber hinaus

natürlich auch präventive Ziele hinsichtlich des Umgangs mit Alkohol mit vermittelt worden: Beim Auseinandersetzen mit Säften ist zum Ausdruck gekommen, dass man auch ohne Alkohol Spaß haben kann und das genauso viel Freude macht. Dazu kommt das Gruppenerlebnis, das gemeinsame Handeln an so einem Bauwagen. Das alles führt bei vielen Jugendlichen zu neuen Einsichten.

Ein zweites Beispiel: In einem anderen Mikroprojekt hatte man entdeckt, dass es in einem Seniorenwohnheim eine graue, triste Hauswand gab und man hat sich überlegt, diese neu und bunt zu gestalten, ein kleines Kunstwerk dort zu errichten. Auch hier lernten die Jugendlichen neue Fertigkeiten und Fähigkeiten: mit Farbe umzugehen, gemeinsam im Team zu arbeiten, um das zu schaffen. Unter ihnen war Pedro, ein junger Mann, der bereits mehrere Ausbildungen abgebrochen hatte, Drogen konsumierte, kurz: ein Musterbeispiel für eine negative Karriere eines Jugendlichen. Pedro wurde immer wieder gesagt, und diese Beispiele kennen Sie alle, dass er eigentlich nichts kann, dass er nichts gelernt hat und dass aus ihm auch später nichts werden wird. Das ist die Prognose, mit der er in diese Gruppe kam und mit der er dann auch angefangen hat, dort zu arbeiten. Und er hatte diese Rückmeldungen auch immer wieder auf seine Bewerbungen erhalten. Aber: Pedro hat sich eingesetzt in dieser Gruppe, hat Fähigkeiten gezeigt und entwickelt. Und plötzlich hat er – und das ist, glaube ich, die wichtigste Erkenntnis – erst einmal bei sich selber gemerkt, dass er etwas kann, etwas darstellen kann, dass er eigene Fähigkeiten hat. Er hat sich in die Gruppe hineinbegeben, hat in der Gruppe zusammengearbeitet und, was ganz wichtig ist, er hat Anerkennung erfahren. Sie können sich vorstellen, dass eine Hauswand eines Seniorenheims, die von jungen Leuten – vielleicht mit Drogenkarriere – bearbeitet wird, nicht unbedingt auf allgemeine Zustimmung der Bewohner trifft. Aber sie haben gesehen, da wird etwas Positives gestaltet, und diese positive Rückmeldung auf die Jugendlichen hat natürlich noch einmal verstärkend gewirkt. Und letztlich ist es gelungen, dass Pedro bis zum heutigen Tag von den Drogen weg ist, dass er Vorstellungsgespräche geführt hat und dass er auf dem Weg ist, einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu finden. Ich finde, das ist ein gutes Beispiel, an dem man merkt, wie die verschiedenen Ideen ineinandergreifen.

Ein anderes Beispiel – und damit hat man das ganze Spektrum auch einmal gezeigt – ist jenes der Frauen in Leipzig, die aus verschiedenen Ländern dieser Erde stammen und aufgeschrieben haben, welche Erfahrungen sie gemacht haben, wo sie herkommen, welche Wurzeln sie haben. Mit diesen Berichten haben sie das Thema Integration in ihrem Stadtteil auf eine ganz besondere Art und Weise dargestellt. Ich hatte die Freude, das Manuskript lesen zu können – und ich muss sagen, das sind wirklich beeindruckende Darstellungen gewesen, weil sie so unterschiedlich gewesen sind. Dabei ist etwas deutlich geworden, die Vielfalt von Deutschland, und dass Deutschland ein tolerantes Land ist, wo viele nebeneinander und miteinander leben können. Und das ist, finde ich, eine schöne Botschaft, die von einem solchen Projekt ausgehen kann.

In zahlreichen dieser Mikroprojekten – auch im Bereich Kunst, Tanz, Musik – wurde Sprache gelernt, wurden Lernerfahrungen gemacht, wurden Bewerbungsmethoden geübt, so dass hier eine bunte Palette an Projekten entstanden ist, die besondere Fertigkeiten und Fähigkeiten vermittelt haben. Die Entscheidung, welches Projekt letztlich gefördert worden ist, haben die Begleitausschüsse von STÄRKEN vor Ort getroffen. Und auch hier eine Erfahrung, die ich gleich am Anfang gemacht habe, zusammen mit Frau Schulte Beckhausen, die ja als verantwortliche Referatsleiterin dieses Programm steuert: Ein alter Studienfreund rief mich an meinem zweiten Arbeitstag vor zwei Jahren im Ministerium an und sagte, er sei in so einem Begleitausschuss in Osnabrück, und wie es denn aussehen würde, da sei etwas abgelehnt worden, und die Regiestelle hätte da nicht mitgespielt, und ob man da nicht nochmal neu prüfen könne. Ich versuchte die Sache mit Frau Schulte Beckhausen zu regeln, doch dieses Projekt war, glaube ich, aus irgendwelchen Gründen nicht durchführbar. Aber was ich

eigentlich hervorheben will: Diesen Freund hatte ich gut zehn, 15 Jahre nicht gesehen, und mir ist dabei deutlich geworden, wie wichtig diese Arbeit vor Ort für diejenigen ist, die sich dort engagieren. Dass sie nämlich sehr genau darauf achten, welche Projekte genommen, welche abgelehnt werden und dass sie daran ein hohes Interesse haben.

Und das zeigt ja auch Ihre Anwesenheit hier: Dass es über die gesamte Laufzeit bei diesem hohen Interesse und bei diesem Engagement für die Arbeit geblieben ist. Es sind Verbindungen im lokalen Bereich entstanden. Ich lege Wert auf diese Zusammenarbeit, auf den Zusammenhalt, der in den lokalen Bereichen entstanden ist. Man kennt sich einfach. Man kann miteinander sprechen. Man kann auch Jugendlichen darüber Wege zeigen. Aber was natürlich jetzt im Nachgang bei STÄRKEN vor Ort wichtig ist, ist, dass es auch weitergehen kann, dass man an den Erfahrungen ansetzen kann, dass man zusammen organisiert und vielleicht auf den Bürgermeister zugeht und dafür sorgen kann, dass die Arbeit fortgesetzt

wird. Das war Ziel unserer Arbeit: Sie soll nicht enden, sondern vor Ort weitergeführt werden.



Wir haben parallel eine Evaluation dieses Programms durchgeführt, und die bisher vorliegenden Ergebnisse sind durchweg positiv. Die lokalen Akteure arbeiten stärker als zuvor zusammen. Die örtlichen Ressourcen werden besser zielgerichtet eingesetzt. Die koordinierenden Stellen

sind in ihrer Rolle gestärkt und arbeiten auch integrativ mit den verschiedenen Akteuren zusammen. Das zeigt, dass wir hier auf einem richtigen Weg gewesen sind und damit auch die Grundlagen für die weitere Arbeit schaffen können. STÄRKEN vor Ort hat in den letzten drei Jahren den Aufbau von sozialer Infrastruktur und die Teilhabe von Menschen vor Ort auf ganz unterschiedliche Weise gefördert. Wir haben auch erreicht, dass 75 Prozent der geförderten Mikroprojekte Migranten und Migrantinnen einbezogen haben. 40 Prozent aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer von STÄRKEN vor Ort hatten einen Migrationshintergrund. Das zeigt auch, dass wir genau die gewünschte Zielgruppe erreicht haben. Und ich habe schon ausführlich über den ESF gesprochen. 100 Prozent der Förderung kommen aus dem Bereich des Europäischen Sozialfonds; und 100 Prozent geben wir auch an Mitteln weiter, damit vor Ort tatsächlich die Projekte insgesamt finanziert sind und damit die Arbeit durchgeführt und weitergeführt werden kann. Wie gesagt, Herr Bender wird heute Nachmittag darüber sprechen und wird Ihnen berichten, wie auch aus europäischer Sicht dieses Programm einzuschätzen ist.

STÄRKEN vor Ort soll auch ein Stück weit eine Blaupause sein für das, was wir in den nächsten Jahren weiter voranbringen wollen. Wir haben mit dem heutigen Tag und mit dem Ende des letzten Jahres einen Punkt gesetzt. Zusammen mit LOS hat acht Jahre lang eine vergleichbare Arbeit stattgefunden. Jetzt werden wir beobachten, inwieweit es gelingen kann, dass diese Arbeit in dem von mir genannten Sinne auch in ein Regelangebot vor Ort übergehen kann, denn eins ist klar: Der Bund ist nicht in der Lage – und das hat schon ver-

fassungsrechtliche, grundgesetzliche Gründe – eine Regelförderung in diesem Bereich aufzubauen und durchzuhalten. Wir wollen Anstöße geben, damit andere sich engagieren und dort, wo die Jugendsozialarbeit in den Kommunen nicht so ausgeprägt ist, einen neuen Anlauf nimmt und damit vorangebracht werden kann. Auf der heutigen Veranstaltung wollen wir nach drei Jahren Förderung von STÄRKEN vor Ort Bilanz ziehen. Wir wollen am heutigen Tag auch Modelle zeigen, die entstanden sind, um Sie zu informieren, damit Sie diese Modelle weitertragen können.

Ich danke allen, die heute gekommen sind. Ich danke vor allen Dingen den Koordinatorinnen und Koordinatoren, die vor Ort die Arbeit vorangetrieben haben und für eine gute Umsetzung des Programms gesorgt haben. Ich möchte mich auch bedanken bei der Regiestelle des BMFSFJ, welche die Arbeit sozusagen an Sie herangetragen hat, die ganz eng mit Ihnen zusammengearbeitet hat. SPI und gsub haben in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet – und wenn mal nicht alles so hervorragend war, haben wir uns auch schnell darauf verständigt, wie es verbessert werden kann. Und das ist ein schöner Austausch, der auch zum Erfolg dieses Programms insgesamt beigetragen hat.

Ich wünsche Ihnen für die heutige Veranstaltung anregende Diskussionen, die Sie mitnehmen können vor Ort, als Anregung für die weitere Arbeit und dafür, wie Sie entstandene Wege weiter ausbauen können. Und was ich mir von dieser Veranstaltung wünsche: Dass, wenn wir im Jahr 2014 unser neues Programm auflegen, wir dann in einer ähnlich großen Gruppe zusammensitzen und dass wir dann Berichte hören, wie die Arbeit von STÄRKEN vor Ort fortgesetzt worden ist, sodass wir für die neue Arbeit überlegen können, wo es neue Anknüpfungspunkte gibt, wo es Dinge gibt, die neu gestaltet werden müssen und dass wir dieses Geld dann aus den neuen ESF-Mitteln zielgerichtet auf neue Fragen richten können, neue Projekte in Angriff nehmen können. Und wenn uns das über die Dauer gelingt, dann erreichen wir einen Schneeballeffekt, sodass wir im gesamten Bereich der Jugendsozialarbeit erfolgreich sind und eine gute Arbeit leisten können. Wenn das heute ein Zwischenschritt auf diesem Weg ist, würde ich mich sehr freuen.
Herzlichen Dank.

4. Sicherung der Nachhaltigkeit in kommunalen Strukturprogrammen, Prof. Dr. Simon Güntner, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)



Teil 1 STÄRKEN vor Ort

Das Programm STÄRKEN vor Ort verfolgte das Ziel, die sozialen und beruflichen Chancen von jungen Menschen und Frauen in benachteiligten Stadtteilen und strukturschwachen ländlichen Gebieten verbessern. In der Tradition des Vorgängerprogramms „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ verband es damit personenbezogene und raumbezogene Ambitionen und Konzepte.

Der Schlüsselbegriff „Soziales Kapital“ verweist darauf, dass es in dem Programm darum ging, den Menschen Teilhabechancen zu eröffnen, die über materielle Ressourcen hinausgehen und vor allem auf die Einbindung in soziale Netze abzielen, auf die Schaffung von Vertrauen und Zugehörigkeitsgefühl. Insofern ist neben dem/r Einzelnen

auch die soziale Umgebung, die Gemeinschaft, der Stadtteil Adressat. Mit Blick auf diese sozialen Beziehungen können wir grob zwei Spielarten unterscheiden: Beziehungen, die auf

Gemeinsamkeit beruhen („*Bonding Capital*“) und diese stärken wollen (innerhalb der verschiedenen Communities im Stadtteil), sowie andere, die Brücken bauen zwischen unterschiedlichen Gruppen und Interessen im Stadtteil („*Bridging Capital*“). Beides ist notwendig, die gestärkten Netzwerke und das entstehende Vertrauen, so lautet das übergeordnete Ziel, beides fördert dann den sozialen Zusammenhalt im Quartier.

Mit dieser Zielsetzung sitzt das Programm zwischen den Stühlen traditioneller Formen von Politikgestaltung und Verwaltung, die traditionell unterscheidet zwischen personenbezogenen Politikfeldern wie Sozial- und Beschäftigungspolitik einerseits und raumbezogenen Feldern wie die Stadterneuerung andererseits. Die Fachpolitiken basieren auf jeweils unterschiedlichen Logiken. Die „positive Diskriminierung“ einzelner Quartiere, wie wir sie in der Städtebauförderung kennen, ist der Sozialpolitik zunächst fremd, die universell vom individuellen Bedürfnis und Rechtsanspruch ausgeht und am individuellen Eingliederungserfolg gemessen wird. Stadterneuerung hingegen zielt nicht auf die/den Einzelne/n sondern auf den Zustand eines Quartiers. Im Zweifelsfall können sich die beiden Logiken und Zielbereiche beißen, wenn etwa die Aufwertung eines Quartiers zur Verdrängung bestimmter Bewohner/innengruppen oder zu Mieterhöhungen führt.

Mit der Verbindung personen- und raumbezogener Logiken wird nun nicht nur dieser Zielkonflikt bearbeitet. Der Charme besteht darüber hinaus darin, durch die Nutzung der Ressourcen im Quartier die Eingliederungschancen des/der Einzelnen zu erhöhen und somit Effektivitätsgewinne zu erzielen. Zugleich wirken sich die Erfolge von Maßnahmeteilnehmenden wiederum auf das Quartier aus, ökonomisch (Einkommen fließt in lokale Kreisläufe) und sozial (positive *Role Models*). Auf der anderen Seite ist es schwer, innerhalb einer Maßnahme beide Ziele abzubilden. Orientierungsdilemmata und Überforderung seitens der Träger können die Folge sein. Sind beispielsweise Langzeitarbeitslose in einem Quartier tatsächlich die geeigneten Teilnehmenden für soziale Projekte vor Ort oder ist es nicht besser, die Teilnehmer/innen vorbehaltlos nach individuellem Profil und Eignung auszusuchen? Beziehungsweise: Macht es nicht Sinn, Jugendlichen aus benachteiligten Quartieren Angebote außerhalb anzubieten, um sie mit neuen Situationen zu konfrontieren? In Hamburg wird diese Debatte gerade intensiv geführt mit der Tendenz, Sozial- und Beschäftigungspolitik wieder stärker zu trennen. STÄRKEN vor Ort war hier relativ offen und wies den Weg hin zu einer „flexiblen Geographie“, wie sie mit Blick auf zukünftige EU-Programme diskutiert wird.

Stärken vor Ort hat diese Ziele als Modellprogramm verfolgt. Derartige experimentelle Politik ist ambivalent, sie birgt Chancen, aber auch einige Probleme. Zunächst ist die Außergewöhnlichkeit anzusprechen: Die Projekte liegen außerhalb der Routine der beteiligten Organisationen. Damit sind sie „sexy“ und ermöglichen, etwas Neues auszuprobieren. Zugleich muss jedoch noch das Alltagsgeschäft bewältigt werden, die „neuen“ Projekte ziehen Ressourcen aus diesen alltäglichen Aufgaben ab, die dadurch wiederum kapazitär geschwächt werden können. Modellprojekte werden zudem üblicherweise am „Rand“ einer Organisation abgewickelt und betreffen nicht ihren Kernbereich. Sie wirken nach außen, durch die intensive Zusammenarbeit mit externen Partnern, aber nicht zwangsläufig nach innen. Im Gegenteil: Auch Neid und Blockade innerhalb einer Verwaltung gegenüber diesen Aufmerksamkeit bindenden Sonderprojekten können eintreten. Als ESF-Programm steht zudem die Forderung eines „europäischen Mehrwerts“ und der „Additionalität“ im Raum. Diese Anforderungen steuern mit, und die Flexibilität des Mitteleinsatzes ist letztendlich doch begrenzt.

Dies sind einige Aspekte des komplexen Hintergrunds der Verstetigung: Ziele und Ambitionen, die zwischen den Logiken von Fachpolitiken liegen und in experimentellen Förderarrangements über die Ränder der beteiligten Organisationen hinaus versuchen, diese zu verändern. Mit äußerst geringen Bordmitteln, möchte ich noch ergänzen. Das ist, mit Verlaub, eine schwierige Aufgabe.

Teil 2 Verstetigung

Wenn wir nun über Verstetigung sprechen, gilt es zunächst die verschiedenen Ebenen des Programms zu unterscheiden: die Steuerungsebene, die Umsetzungsebene und die beteiligten Organisationen und Personen.

Als Steuerungsstruktur wurden Begleitausschüsse eingerichtet. In ihnen kamen unterschiedliche *Stakeholder* zusammen, um über die Maßnahmen zu beraten und zu entscheiden. Dies konnte ein wichtiger Schritt zum Aufbau einer lokalen Partnerschaft sein oder auch schon bestehende Partnerschaften stärken. Ein solches Gremium braucht jedoch etwas, worüber entschieden werden kann, wie etwa einen Lokalen Aktionsplan, nur dann werden die Organisationen Zeit und Ressourcen aufwenden, sich weiter zu beteiligen. In einigen Kommunen wurde daher inzwischen der Wirkungskreis ausgeweitet, dazu werden wir später sicher einiges hören. Diese partizipative Form der Steuerung kann einen großen Schritt hin zur Sensibilisierung der Verwaltung für die Umwelt und zur Stärkung des sozialen Kapitals in den Quartieren bedeuten, sie ist jedoch auch ambivalent. Die Gefahr der Etablierung eines intransparenten Clubs besteht durchaus, gerade wenn ihr Entscheidungsraum erweitert wird. Entscheidend sind transparente Regeln des Zugangs, die auch von Nichtbeteiligten akzeptiert werden.

Die einzelnen Maßnahmen, die sogenannten Mikroprojekte, bilden die zweite Ebene der Verstetigung. Hier geht es darum, ob und wie die mit geringen Mitteln angeschobenen Initiativen von den beteiligten Organisationen und Personen auch ohne Förderung weitergeführt werden können. Die Bandbreite an geförderten Projekten ist zu breit, um hier eine Einschätzung zu geben. Nur im Einzelfall wird sich entscheiden, ob ein Träger bereit ist, weitere Ressourcen aufzuwenden. Die Entwicklung von Kapazitäten, Mittel einzuwerben, über Stiftungen oder Sponsoring, war im positiven Fall schon Teil der Maßnahme. Nicht immer sind jedoch zusätzliche Ressourcen nötig, gerade wenn der Aufbau eines Netzwerks Ziel der Maßnahme war, das dann am Leben bleibt, wenn die Partner nachhaltig von dem Mehrwert überzeugt sind.

Schließlich können wir auch auf Individualebene von Verstetigung sprechen, wenn ein/e Teilnehmer/in nach dem Projekt von dem Ansatz überzeugt ist, sich weiterhin engagiert und Motor für neue Ideen ist, die er/sie in seine/ihre Arbeitszusammenhänge einbringt.

Diese Anstoßwirkungen zu messen ist schwer und kann nicht im unmittelbaren Anschluss geschehen. Ich möchte an dieser Stelle anregen, dies in einem Abstand von ein bis drei Jahren vorzunehmen und mit einer Frage an das Podium später verbinden, welche Erfolge sie in der Verankerung der ersten Projekte 2009 verzeichnen konnten und worin die Erfolgsfaktoren lagen.

Damit sind wir bei einem dritten Punkt, nämlich dem Weg in die Verstetigung. Wie wird sie vorbereitet, was ist zu beachten? Hierzu werde ich zunächst einige allgemeine systematisierende Anmerkungen machen, bevor dann auch einige Beispiele folgen.

Beginnen wir bei der Verstetigung von Projekten. Entscheidungsgrundlage jeder Organisation darüber, ob sie weiterhin Ressourcen einsetzt, ist Wissen darüber, wofür das Geld verwendet wird und ob sich der Aufwand rechnet. Diese Evaluierung kann formell oder informell, strukturiert oder intuitiv erfolgen. Wichtig ist es, Indikatoren zu haben, nach denen der Erfolg messbar ist. Diese Indikatoren können unterschiedlich sein, je nach Partner und Projekt. Prestige und Sichtbarkeit der Organisation im Quartier (Unternehmen) können ebenso dazu zählen wie die Bindung neuer aktiver Mitglieder (Vereine) oder die Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildungsplätze selbst (Kommune). Je transparenter die Ziele sind und

kommuniziert werden, gerade wenn Partner mit unterschiedlichen Interessen beteiligt sind, desto nachhaltigkeitsorientierter können Projekte aufgesetzt werden. Wichtig in gleichberechtigten Partnerschaften ist es, die Eigeninteressen der anderen zu akzeptieren und gut zwischen diesen zu vermitteln.

Wenn ein Projekt über die Förderdauer hinaus „gerettet“ werden soll und dafür weitere Betriebsmittel nötig sind, muss frühzeitig nach neuen Ressourcen Ausschau gehalten werden. Der Vorlauf bei Antragstellung bei Stiftungen oder anderen Trägern ist mit zu berücksichtigen, um Förderlücken zu vermeiden. Das ist Alltagsgeschäft für projektfinanzierte Unternehmungen. Im Kern geht es um die Fähigkeit, Ziele kopplungsfähig zu machen und Maßnahmen so weiter zu entwickeln, dass sie in einen neuen Rahmen passen. Wir können hier von der Kunst des „Umtopfens“ sprechen. Diese Kunst ist mit bestimmten Kompetenzen verbunden, die gerade bei kleinen Initiativen nicht ausgebildet oder negativ etikettiert sind: Marketing, Fundraising, Klingelputzen. Über die Netzwerke innerhalb der STÄRKEN vor Ort-Community und die Beiräte könn(t)en hier Transfers und Training geleistet werden.

Allerdings steht und fällt die Verstetigung mit dem Vorhandensein eines Förderers oder eines Förderrahmens, den man für eine Maßnahme nutzen kann. Projekte können durch das Radar von Stiftungen oder staatlichen Töpfen fallen, wenn die Zielgruppen nicht passen oder wenn die Antragsteller den oft hohen administrativen Hürden z.B. der Kofinanzierung nicht gewachsen sind. In den letzten Jahren hat sich im Bereich nichtstaatlicher Förderung einiges getan, z.B. über die zunehmende Zahl an Bürgerstiftungen, allerdings sind wir noch klar in der Aufbauphase. Zudem sind Fördertöpfe immer mit eigenen Zielen verbunden, die nicht zwangsläufig mit denen der Antragsteller/innen korrespondieren. Auf kommunaler Seite bewegen wir uns überdies im Bereich der freiwilligen Leistungen, für die kaum Spielraum besteht.

Im Kern läuft Verstetigung also auf Überzeugungsarbeit hinaus, und das ist harte Arbeit. Eine positive Evaluierung allein reicht meist nicht; gerade wenn der Förderrahmen wie in unserem Fall ungeachtet der Erfolge abgewickelt wird. Überzeugt von der Sinnhaftigkeit sozialräumlichen Arbeitens muss man Argumente sammeln, die Lokalpolitiker/innen und Unternehmer/innen vom Nutzen der Projekte überzeugen. Dazu braucht man neben Ideen auch Gelegenheiten und Gehör in Ausschüssen und Gremien. Die Bretter, die zu Bohren sind, sind dick und werden angesichts der Haushaltslage in den Kommunen mittelfristig auch nicht dünner. Dennoch sind unter Ihnen viele sogenannte „institutionelle *Entrepreneurs*“, die es geschafft haben, an der einen oder anderen Stelle eine Weiche neu zu stellen.

Lassen Sie mich dies mit einigen Beispielen aus dem Bereich der Sozialen Stadt illustrieren. Das Soziale Stadt-Programm war der zentrale Rahmen für STÄRKEN vor Ort und stand jüngst selbst zur Disposition. Auch hier galt von Beginn an, dass die Förderung temporär ist. Inzwischen wurde die Förderung deutlich reduziert, ohne dass sich die soziale und ökonomische Situation in vielen Quartieren entschärft hätte, im Gegenteil, und die Kommunen stehen vor der Frage: „wie weiter?“. In einem Forschungsprojekt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) haben wir jüngst in fünf Kommunen betrachtet, wie die Ausstiegsprozesse gestaltet werden.

Auf struktureller Ebene wurde diese Frage beispielsweise in Gelsenkirchen beantwortet, indem eine ressortübergreifende Struktur zur Steuerung der Stadterneuerung aufgesetzt wurde, mit der nun die relevanten Ämter ihre Aktivitäten in den Quartieren besser koordinieren können. Dies war, wie man hört, ein zäher, jahrelanger Prozess, in dem es nicht immer förderlich war, dass die Stadtplanung lange Zeit die Diskussion dominierte. In Hamburg wurde ebenfalls eine ressortübergreifende Steuerung eingeführt, auf Bezirksebene wurden Fach-

ämter Sozialraummanagement eingerichtet, gesamtstädtisch wurde ein „Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung“ aufgesetzt. Für alle bisherigen Fördergebiete wurde in diesem Zuge eine „Übergangsbilanzierung“ durchgeführt, mit der bleibende Förderbedarfe und zuständige Ressorts ermittelt wurden.

Für die Steuerung in den Quartieren wurde die Frage, wie Aufgaben des Quartiersmanagements weitergeführt werden können, unterschiedlich beantwortet. In Rosenheim kam dabei den Freiwilligenagenturen eine wichtige Rolle zu, die etwa die Moderation von Stadtteilversammlungen oder die Betreuung von Stadtteilzeitungen übernahmen – in enger Zusammenarbeit mit Stadtteilvereinen, die sich in den vergangenen Jahren gegründet haben und Stück für Stück etablieren. In Schwäbisch Gmünd wurde eine Lösung gefunden, nachdem in der Stadtverwaltung zunächst andere Schwerpunkte gesetzt wurden, im Sozialhaushalt ein geringes Budget für Sozialraummanagement im Fördergebiet Oststadt und perspektivisch auch in anderen Quartieren zu finden.

Für alle Fälle gilt: Strukturen allein machen keine Verstetigung, nicht zuletzt steht dem die versäulte, fachpolitische Logik des Systems entgegen – der sich der Sozialkapitalansatz ja bewusst entzieht. In allen Fällen waren es „Überzeugungstäter/innen“, die Spielräume gefunden und Politiker/innen überzeugt haben. Je mehr Menschen über Gremien und Maßnahmen an den Programmen beteiligt sind, desto mehr Mitstreiter/innen werden sich finden lassen. Irgendwann werden die zu bohrenden Bretter auch nicht mehr so dick sein, wenn sich die Früchte der Investitionen zeigen, wenn die Quartiere attraktiver, lebenswerter und lebendiger sind.

Ein letztes Beispiel an dieser Stelle: Das Forum 2000 in Gelsenkirchen Bismarck ist ein Zusammenschluss von Vereinen und Initiativen, die sich in diesem Stadtteil engagieren. Durch das Forum bringen sie sich gegenseitig auf den aktuellen Stand, tauschen Informationen und ganz praktisch auch Geräte etc. aus und sorgen dafür, dass auch bei Verbänden und Trägern (und nicht nur kommunalpolitisch) die Belange des Stadtteils Gehör finden. Auch dies, die Selbstorganisation von freien Trägern und der Zivilgesellschaft, ist ein wichtiger Teil der Verstetigung.

Teil 3 Ausblick

Die Verstetigung von Initiativen und Strukturen aus sozialräumlich orientierten Programmen ist so lange ein Thema, wie ein Bedarf besteht. Die Bedarfsermittlung gestaltet sich im Unterschied zu Individualprogrammen und Hilfeplänen jedoch ungleich komplexer. Der Aufbau von Gremien und Foren rund um die Lokalen Aktionspläne war ein wichtiger Schritt, um Defizite und Potenziale sichtbar zu machen und Angebote zu entwickeln. Nach Beendigung der Förderung kann Verstetigung nun nicht bedeuten, dies rückabzuwickeln und die Kommunen wieder in die alleinige Verantwortung zu nehmen. Dennoch werden die Partner und die Bevölkerung nach wie vor den (lokalen) Staat in der Hauptverantwortung sehen, den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren zu fördern. Die Kommunen haben jedoch oft nicht die Eigenmittel, hier in Vorleistung zu gehen.

Während auf Landes- und Bundesebene angesichts der Spardiktate wenig Unterstützung zu sehen ist, zeichnet sich immerhin auf EU-Ebene ein Hoffnungsschimmer ab, den ich zum Abschluss erwähnen möchte. In den Diskussionen zur Gestaltung der EU-Strukturpolitik nach 2013 hat die Kommission zwei Vorschläge gemacht, die für quartiersbezogene Maßnahmen nutzbar gemacht werden können. Zum einen sollen künftig 20 Prozent des ESF für Maßnahmen der sozialen Eingliederung und Armutsbekämpfung eingesetzt werden, was eine deutliche Stärkung dieses Bereichs bedeutet. Zum andern möchte die Kommission integrierte Strategien der Stadtentwicklung fördern und dazu explizit auch ESF-Mittel einset-

zen. Herr Bender wird heute Nachmittag darüber sprechen. Es wird unerlässlich sein, lokale Partnerschaften frühzeitig zu animieren, um zum Stichtag überzeugende Pläne vorlegen zu können. Hier kann sich eine wichtige Aufgabe für die bisherigen Beiräte auftun.

5. Verstetigung vor Ort: Erfahrungsberichte und Diskussion mit zwei Lokalen Koordinierungsstellen

Input 1 (Zusammenfassung des Beitrages von Jörn Krause, Lokaler Koordinator des

Anfängliche Skepsis gegenüber „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (in Sondershausen) und STÄRKEN vor Ort ließ sich im Kyffhäuserkreis dank der Lobbyarbeit des Begleitausschusses und einer Strategie, die auf Nachhaltigkeit von Projekten und Strukturen sowie auf Vernetzung im Flächegebiet ausgerichtet war, bald ausräumen. Von Anfang an wurden die politische Lobby und die Entscheidungsträger innerhalb der Verwaltung in das Programm miteinbezogen – eine Verankerung, die für die Umsetzung wichtig war. Dank der Vollfinanzierung und der Unterstützung der Lokalen Koordinierungsstelle konnten auch kleine Initiativen und Vereine Mikroprojekte durchführen. Um ihnen zusätzlich bei der finanztechnischen Umsetzung unterstützend zur Seite zu stehen, wurden größere Organisationen als Paten gewonnen. Kleine Träger wurden darüber hinaus mit größeren Einrichtungen der Jugendarbeit vernetzt, um von deren Know-how zu profitieren und über die Programmlaufzeit hinaus aktiv bleiben zu können. Nebst hauptamtlichen Strukturen wurden für die Verstetigung insbesondere auch ehrenamtliche Strukturen genutzt, weiterentwickelt und sogar neu aufgebaut. Herr Krause untermalt dies mit einem Filmausschnitt über eine Frauengruppe, die sich auf ehrenamtlicher Basis als Betriebsgemeinschaft eines Sozialkaufhauses etabliert hat. Dafür hat man bundesweit ähnliche Projekte besucht und sich von den Erfahrungen anderer inspirieren lassen. Für die Vernetzung von Wert ist aus Sicht von Herrn Krause auch die Zusammenarbeit mit den anderen Programmen der Initiative JUGEND STÄRKEN. Im Kyffhäuserkreis wird im Moment diskutiert – auch mit den einzelnen Gemeinden –, in begrenztem Rahmen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um gewisse Mikroprojekte und die Netzwerkarbeit weiter fördern zu können. Außerdem können dank der Umstrukturierung des Jugendförderplans neue Strategien hinsichtlich des Mikroprojektkonzeptes entwickelt werden.



Weitere Kommunen präsentieren ihre Verstetigungsstrategien auf Plakatwänden (Liste der Aussteller im Anhang)

Input 2 (Zusammenfassung des Beitrages von Britta Schätzel, Lokale Koordinatorin

Die Lokale Koordinierungsstelle der Stadt Rosenheim hat zum Beginn von Lokales Kapital für soziale Zwecke und STÄRKEN vor Ort konsequent eine Integration der Programme in ihr gesamtstädtisches Handlungskonzept forciert. Frau Schätzel bilanziert, dass STÄRKEN vor Ort sinnvoll mit der sozialen Stadtteilentwicklung zu einer Gesamtstrategie zusammengeführt werden konnte. Ein wesentliches Ziel des gemeinsamen sozialpolitischen Handelns bestand darin, die Projektarbeit von Anfang an auf Nachhaltigkeit auszurichten. Jeder Projektträger war angehalten, messbare Erfolgsindikatoren zur Überprüfung der Zielerreichung im Begleitausschuss vorzustellen. Die Mitglieder des Begleitausschusses, dessen Vertreterinnen und Vertreter sich aus fast allen Institutionen und Akteurengruppen des Stadtteils rekrutierten, überprüften die Vorhaben auf ihre nachhaltige Wirkung und identifizierten dabei frühzeitig die für die Stadtteilentwicklung unverzichtbaren Projekte. Diese sogenannten Strukturprojekte sollten auf keinen Fall für die soziale Stadtentwicklung wegfallen. Rosenheim hat mit einer idealtypischen Prozesssteuerung und Implementierung von STÄRKEN vor Ort sehr beachtliche Erfolge vorzuweisen: Viele wichtige Projekte werden ehrenamtlich oder durch lokale Partnerschaften weitergeführt. Aus STÄRKEN vor Ort-Projekten sind drei Freiwilligenagenturen hervorgegangen. Die Steuerungsfunktion des Lokalen Aktionsplans ist für die längerfristige Planung des Aufbaus einer Bürgerstiftung genutzt worden, die nach Programmende etabliert werden konnte. Das Programmdesign von STÄRKEN vor Ort dient in Rosenheim als Blaupause für das durch die Kommune neu aufgelegte und finanzierte Programm „Kulturelle Bildung für Familien“. STÄRKEN vor Ort entfaltet in Rosenheim Nachhaltigkeit sowohl auf individueller und projektbezogener als auch auf struktureller Ebene.

Zusammenfassung der Ergebnisse der anschließenden Diskussion

Beteiligte:

Frau Schätzel (Lokale Koordinierungsstelle der Stadt Rosenheim)

Herr Krause (Lokale Koordinierungsstelle des Kyffhäuserkreises)

Prof. Dr. Güntner (HAW, Hamburg)

Herr Schwamborn (Programmkoordinator der ESF-Regiestelle des BMFSFJ)

Programmbilanz STÄRKEN vor Ort und Weiternutzung von Programminstrumenten



Frau Schätzel und Herr Krause benennen die besonderen Stärken des Programms und kommen zu einer positiven Bewertung von STÄRKEN vor Ort. Hervorgehoben werden insbesondere die Möglichkeit (und die Freiheit), mit den Mikroprojekten Neues zu wagen und auszuprobieren. Nachdem der anfänglich relativ große Aufwand insbesondere zu Programmbeginn geschafft war, hat das Programm eine große Wirkung mit verhältnismäßig wenig

Mittelseinsatz entfaltet. Diese Effektivität hat zu einer positiven Wahrnehmung des Programms in der Öffentlichkeit geführt und beispielsweise in der Stadt Rosenheim und dem

Kyffhäuserkreis zu einer Verstetigung und festen Verankerung von Programminstrumenten auf kommunaler Ebene für die zukünftige sozialräumliche Arbeit geführt. Zur Schaffung solcher Voraussetzungen und Strukturen hat STÄRKEN vor Ort erfolgreich beitragen können. Es ist aber auch Konsens, dass die Qualität der Arbeit und der Programmserfolg maßgeblich von den vor Ort verantwortlichen Personen, lokalen Akteuren, der Kommunalpolitik und nicht zuletzt vom Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner abhängig sind. Prof. Güntner gibt zu bedenken, dass diese Strukturen nicht selbstverständlich sind, sondern häufig besser funktionieren, wenn es einen Überbau (z.B. den Bund) gäbe. Herr Schwamborn bestätigt, dass es in Einzelfällen schwierige Situationen in Kommunen mit der Programmumsetzung gegeben hat. Beispielsweise stelle der Aufbau von Beteiligungsstrukturen für einige Kommunen eine große Herausforderung dar. Aber – nicht zuletzt aufgrund der mit der Förderung verbundenen verbindlichen Aufstellung eines Lokalen Aktionsplans – ist es in keinem der 280 Fördergebiete vorgekommen, dass sich gar nichts bewegt hätte. In der Diskussionsrunde besteht Konsens darüber, dass sich die wesentlichen Programmkomponenten von STÄRKEN vor Ort bewährt haben; dazu zählen:

- Umsetzung von Mikroprojekten
- Arbeit mit Lokalen Aktionsplänen
- Einsatz von Beteiligungsverfahren für eine bedarfsgerechte Planung

Herr Schwamborn bestätigt, dass diese in der Vergangenheit erfolgreich erprobten Instrumente weitergenutzt werden sollen (z.B. im Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“).

Strategien zur Sicherung einer erfolgreichen Verstetigung von STÄRKEN vor Ort

Die Frage nach der Verstetigung und deren Voraussetzungen wird v.a. unter dem Aspekt diskutiert, welche Verantwortung für eine erfolgreiche Weiterarbeit die Kommunen auf der einen und der Bund auf der anderen Seite tragen. Die Beispiele aus Rosenheim und dem Kyffhäuserkreis zeigen, dass das Programm die Kommunen in die Lage versetzt hat, die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen. Wenn auch mit deutlich reduzierter finanzieller Ausstattung. Herr Schwamborn weist insbesondere auf die langjährige Förderlaufzeit hin, die einen entscheidenden Lernprozess in den meisten Kommunen bewirkt habe. Die eigenverantwortliche Umsetzung des zeitlich begrenzten Programms entlässt die Kommunen nach Ende von STÄRKEN vor Ort nun nicht aus der Pflicht, die erfolgreichen Prozesse weiter zu unterstützen und zu steuern.

Während über die Verantwortung der Kommunen bei der Verstetigung weitestgehend Einvernehmen herrscht, wird die Rolle des Bundes bei der Nachsorge sehr kontrovers erörtert.

Anregungen aus dem Plenum und Diskussion

Einige kommunale Vertreterinnen und Vertreter sowie Herr Prof. Güntner führen Argumente ins Feld, die ein weiteres Engagement des Bundes – trotz der vorab bekannten begrenzten Programmlaufzeit – aus ihrer Sicht erforderlich machen. Ein Teil der Kommunen spricht vor diesem Hintergrund von einem „zarten Pflänzchen“, welches ohne weitere Bundeshilfen drohe, einzugehen¹.

¹ Ein Teil der Kommunen hat nicht – wie beispielsweise Rosenheim und der Kyffhäuserkreis – am Vorgängerprogramm LOS partizipiert. Die meisten Ziel-1-Gebiete in den neuen Ländern haben im März 2009 mit STÄRKEN vor Ort begonnen.

Demgegenüber stehen beispielhaft Kommunen wie Rosenheim oder der Kyffhäuserkreis, die sich durch die langjährige Programmumsetzung nun in der Lage und Pflicht sehen, die erfolgreichen Ergebnisse aus STÄRKEN vor Ort sowohl mittels endogener Ressourcen als auch mit neuen externen Förderprogrammen nachhaltig abzusichern. Herr Schwamborn be-



stätigt in diesem Zusammenhang, dass Vorsorge besser als Nachsorge sei und verweist auf den Bottom-Up-Ansatz des Programms, der impliziert, dass die Kommunen verantwortlich seien, andere alternative Fördermittel zu erschließen.

Einigen Kommunen reicht das nicht aus: So wird ein intensiveres Coaching in der Nachsorge vorgeschlagen und eine bessere Abstimmung der verschiedenen Förderprogramme der Bundesministerien eingefordert. Zudem sollten die Kommunen stärker bei der Planung neuer Förderprogramme eingebunden und „Überbrückungshilfen“ bis 2014 zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schwamborn stellt daraufhin klar, dass es nicht um eine Überbrückung gehen könne, da ein Nachfolgeprogramm derzeit nicht gewiss sei und die Regiestelle hierzu auch keinen Auftrag habe. Er lenkt den Blick auf eigene (kommunale) Mittel und andere Fördertöpfe, die es anzupapfen gilt – die langjährigen guten Erfahrungen mit der Umsetzung von Fördermitteln in den Kommunen hätten gezeigt, dass die meisten Lokalen Koordinierungsstellen für die Aufgaben der Verstetigung „gut aufgestellt“ seien.

Herr Prof. Güntner merkt abschließend an, dass es nicht nur um finanzielle Mittel des Bundes gehe, sondern dass das Weiterbestehen eines Förderrahmens vor Ort eine wichtige Unterstützung der Lokalen Koordinierungsstellen darstelle und dieser deren Engagement für eine Verstetigung von STÄRKEN vor Ort nachhaltig legitimiere. Er konstatierte in den letzten Jahren einen leichten Rückschritt des Bundes beim Engagement in sozialräumlichen Programmen („Spardiktat“).

6. Zusammenfassung von Zwischenergebnissen der Evaluation STÄRKEN vor Ort

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend evaluieren die INBAS GmbH (Frau Dr. Aram) und die INTERVAL GmbH (Herr Dr. Sommer) gemeinsam das ESF-Programm STÄRKEN vor Ort. Im August 2012 endet die Evaluation. Bei den gegenwärtigen Ergebnissen handelt es sich um einen vorläufigen, deskriptiven Zwischenstand.

Folgende Bereiche werden im Programm STÄRKEN vor Ort evaluiert:

- Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Programm
- Wirksamkeit der Lokalen Aktionspläne in Verbindung mit der Zielerreichung des Programms
- Effektivität der Vernetzung mit lokalen Akteuren
- Chancengleichheit und Nachhaltigkeit

Für die Erhebung der Ergebnisse werden Querschnitts- und Längsschnittbefragungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Befragungen von Lokalen Koordinatorinnen und Koordinatoren und Mikroprojektträgern sowie qualitative Interviews an acht Standorten durchgeführt.

Auf der Strukturebene ist zur Netzwerkarbeit festzuhalten, dass bei 63,4% der Zuständigkeitsgebiete der Lokalen Koordinierungsstellen durch die Einbeziehung relevanter Akteure in den Planungs-, Steuerungs- und Umsetzungsprozess sowohl Doppelstrukturen vermieden als auch Lücken im Hilfesystem geschlossen werden konnten. Weiterhin bestätigen die Lokalen Koordinatorinnen und Koordinatoren, dass STÄRKEN vor Ort zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen vor Ort beitragen konnte. Bei ca. 43% der Standorte wurden zudem Förderketten initiiert und installiert.

Der Lokale Aktionsplan (LAP) bewährte sich als erfolgreiches Handlungsinstrument der Lokalen Koordinierungsstellen. Aus der Sicht der Lokalen Koordinierungsstellen eignete sich der LAP insbesondere in folgenden Bereichen der Prozesssteuerung:

- Für die Selektion (z. B. Auswahl geeigneter Mikroprojekte)
- Für die Steuerung (z. B. konkrete Ziele mit Aktivitäten unterlegt)
- Für die Herstellung von Transparenz (z. B. gegenüber zentralen Partnern hinsichtlich der Ziele und Vorgehensweise)



In etwas geringerem Maße wird die Eignung des LAPs als Instrument zur Qualitätssicherung und als verbindliche Arbeitsgrundlage in der Zusammenarbeit mit Partnern von den Kommunen eingeschätzt. Darüber hinaus besteht der Mehrwert des LAPs laut Kommunen darin, dass auf dessen Grundlage ein passgenaues, bedarfsorientiertes Unterstützungsangebot für die spezifischen Adressatengruppen gemacht werden konnte. Als wichtige Unterstützung wird der LAP auch in der Entwicklung kohärenter Unterstützungsangebote der sozialraumorientierten kommunalen Planung von den Koordinierungsstellen beurteilt.

In Bezug auf Nachhaltigkeit ist ein Großteil der Lokalen Koordinierungsstellen der Meinung, dass die neu geschaffenen Kooperationsbeziehungen weiter genutzt und die gewonnenen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich weiterhin engagieren werden. An voraussichtlich 74,9% der Standorte werden einzelne Mikroprojekte aus STÄRKEN vor Ort aus anderen finanziellen Mittel fortgeführt bzw. erneut aufgelegt. Bemerkenswert ist zudem, dass das Instrument des Begleitausschusses sowie der Mikroprojektsansatz mit hoher Wahrscheinlichkeit an 9% bzw. 12% der Standorte weitergenutzt werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann festgestellt werden, dass drei Viertel der Mikroprojekte ohne die Förderung durch STÄRKEN vor Ort sicher bzw. wahrscheinlich nicht umgesetzt worden wären. Aus weiteren Angaben der Mikroprojektträger wird ersichtlich, dass die nachhaltige Wirkung besonders hinsichtlich der entstandenen Kompetenzen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren oder Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestehen. Jeweils rund die Hälfte der befragten Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben an, dass sie im Zeitraum der Projektteilnahme etwas über ihre Stärken und Schwächen gelernt haben oder dass sie erfah-

ren haben, an wen sie sich auf der Suche nach generellen Hilfestellungen wenden können. Eine zentrale Funktion der Mikroprojekte besteht darin, Menschen mit Förderbedarf zu erreichen, die ansonsten keine Unterstützungsangebote finden. Diese Funktion erfüllen die Mikroprojekte laut eigener Aussage überwiegend gut (83%). Rund ein Drittel der Teilnehmenden schätzt persönlich ein, dass sie von den genannten Entwicklungen ohne das Projektangebot von STÄRKEN vor Ort viel weniger oder nichts erreicht hätten. Gut 40% geben jeweils an, dass sie etwas gelernt hätten, was ihnen z. B. hilft, eine Ausbildung oder Arbeit zu finden, ihre schulischen Leistungen zu verbessern oder sich im Alltag besser zurechtzufinden.

Die Förderung der sozialen Kohäsion und der individuellen Beschäftigungsfähigkeit sind wichtige Ziele des Programms STÄRKEN vor Ort. Der Begriff soziale Kohäsion ist ein wesentlicher Indikator, an dem das Programm aus der Perspektive des ESF bewertet wird. Der Begriff soziale Kohäsion umfasst unterschiedliche Aspekte; wie z. B. die Identifikation mit dem Sozialraum oder die positiven Beziehungen zwischen den dort Lebenden. Häufig wird der Begriff Beschäftigungsfähigkeit mit dem der sozialen Kohäsion gleichgesetzt. Rund ein Viertel bis ein Drittel der lokalen Koordinierungsstellen schätzen, dass sie einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der sozialen Kohäsion leisten konnten bzw. sich die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden erhöht und sich die Integrationsmöglichkeit durch Strukturveränderung verbessert hat.

7. EU Förderschwerpunkte 2014 – 2020 und kommunale Strukturprogramme aus der EU-Perspektive, Thomas Bender, Referatsleiter Strategische Planung ESF der EU Kommission

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich zunächst bei den Kolleginnen und Kollegen vom Familienministerium für die freundliche Einladung bedanken, der ich gerne nachgekommen bin. Auch wenn ich heute Vormittag leider nicht teilnehmen konnte, hoffe ich doch, genug über das zu wissen, was Sie tun und entsprechend etwas zur Veranstaltung beizutragen.



Was erwarten Sie heute von mir? Was kann ich Ihnen konkret sagen, was kann die Kommission Ihnen sagen – und eben nicht das Bundesministerium oder andere staatliche Stellen? Ich werde zwei Punkte ansprechen: Ich werde einerseits versuchen darzulegen, wo wir in den Gesprächen mit Rat und Parlament über Schlüsselfragen der zukünftigen Förderprogramme stehen. Andererseits werde ich vor allem auf die ESF-Verordnung eingehen und beleuchten, wie wir uns die Ausgestaltung des ESF auf lokaler bzw. territorialer Ebene vorstellen.

„Territorialer Zusammenhalt“ ist eine neue Begrifflichkeit, die jetzt im EU-Vertrag steht, in Ergänzung zur „sozialen und ökonomischen Kohäsion“. „Sozialer Zusammenhalt“ sagt im Wesentlichen aus, dass wir darauf achten müssen, dass unsere Gesellschaften halbwegs kohärent zusammenbleiben. Und das Gleiche gilt für die Entwicklung von Regionen und anderen geographischen Einheiten auch, deswegen nennen wir das zusätzlich „territorial“.

Die zukünftigen Förderschwerpunkte vom ESF können wir nicht isoliert von anderen EU-Instrumenten diskutieren. Wir müssen darüber hinaus klar machen, wie die Union generell ihren Haushalt ausrichten will. Sie wissen, dass der Unionshaushalt relativ klein ist im Vergleich mit nationalen Haushalten. Wir geben ein bisschen mehr aus als ein Prozent des Brut-

toinlandsproduktes der Mitgliedstaaten und wollen das auch in Zukunft tun, aber der Druck besteht, dass es weniger werden soll. Für dieses Budget, weil es eben relativ wenig ist im Vergleich mit anderen öffentlichen Haushalten, hat die Kommission als ein Leitprinzip vorgeschlagen, dass wir zukünftig Gelder nur dort einsetzen wollen, wo wir uns den größten politischen Mehrwert versprechen. Und wir versprechen uns den größten politischen Mehrwert dort, wo wir die gemeinsamen politischen Zielsetzungen, auf die sich die Europäische Union geeinigt hat, unterstützen können.

Diese politischen Zielsetzungen liegen, wie Sie sicher wissen, in der Europa 2020-Strategie, die sich darum bemüht, dass Wachstum und Beschäftigung gleichermaßen in Augenschein genommen werden. Das Ziel „Wachstum“ wird dabei in drei Dimensionen untergliedert: Angestrebt wird ein intelligentes Wachstum, das durch die Förderung von Humankapital und Forschung erreicht werden soll. Gleichzeitig geht es um nachhaltiges Wachstum, das die Umwelt- und Klimabelange berücksichtigt. Und schließlich geht es um ein integratives Wachstum, das sich vor allem um die Leute kümmert, die im letzten Jahrzehnt – und aktuell verstärkt durch die Krise – nicht an den Fortschritten partizipieren konnten, die wir gemacht haben.

Womöglich werden die Fortschritte, die wir mit der Lissabon-Strategie bis 2008/2009 auf der Makroebene gemacht haben, durch die Krise, die wir jetzt mit Massenarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, massiver sozialer Ausgrenzung und Armut erleben, überdeckt. Wir hatten zum Beispiel gute Wachstumsraten in der Beschäftigungsquote. Aber trotz allgemeinen ökonomischen Wachstums hatten wir gleichzeitig das Phänomen, dass immer mehr Menschen in entweder prekären Arbeitsverhältnissen leben mussten oder sogar von Armut betroffen waren. Und genau diesen Missstand versucht die Europa 2020-Strategie aufzugreifen, die explizit integratives Wachstum zugleich mit anderen Wachstumszielen erreichen will. Das wiederum bedeutet für den Europäischen Sozialfonds, seine zukünftigen Förderprogramme in erster Linie auf integratives und intelligentes Wachstum auszurichten. Deshalb erhalten Investitionen ins Humankapital und in die soziale Eingliederung zukünftig eindeutig Vorrang.

Wir haben diese Ausrichtung mit verschiedenen Prinzipien im Entwurf für die neuen Verordnungen zu erreichen versucht. Dies ist nicht unbedingt einfach umzusetzen: Auf der einen Seite verlangen die Mitgliedstaaten siebenjährige Planungssicherheit für die Programme, insbesondere fordern sie Budgetsicherheit. Auf der anderen Seite pochen die Mitgliedstaaten auf ihre Flexibilität hinsichtlich der Programmausgestaltungen, was es uns erschwert, uns auf unsere – obwohl gemeinsam festgelegten Bereiche – zu konzentrieren.

Das zweite wesentliche Prinzip des zukünftigen Budgets ist, dass wir Programme mehr auf die Resultate fokussieren wollen. Gerade haben wir einen Vortrag zur Evaluierung von STÄRKEN vor Ort hören können. Wir wissen, dass die Wirkungen von Investitionen, gerade diejenigen, welche durch den Europäischen Sozialfonds getätigt werden, nicht einfach zu messen sind. Da geht es nicht in erster Linie darum, dass wir Arbeitsplätze schaffen; da geht es nicht darum, dass wir einen Kilometer Straße bauen. Durch den ESF sind oft nur sehr „weiche Resultate“ zu erreichen. Trotzdem glauben wir, dass wir es dem Steuerzahler schuldig sind, besonders angesichts allgemein angespannter Haushalte in allen 27 Mitgliedsstaaten, offenlegen zu können, was wir erreicht haben. Deshalb haben wir einen gemeinsamen Indikatorenkatalog für den ESF vorgeschlagen.

Wir glauben aber auch, dass das mit einem dritten Prinzip zusammengehen muss: nämlich mit dem Prinzip der Vereinfachung. Wenn die Kommission von Vereinfachung spricht, sind viele Leute – Programmverantwortliche wie Endbegünstigte – skeptisch. Ich hoffe, das ist hier nicht der Fall. Wir meinen es wirklich ernst mit der Vereinfachung. Aber wir glauben

auch, dass eine Vereinfachung mit der Orientierung auf Resultate vereinbar sein muss. Wir müssen uns von einem Vergabewesen verabschieden, das sich beispielsweise vorrangig um die Abrechnung und Kostenanerkennung von Bustickets kümmert und häufig aufwändige Mittelrückforderungen auf Projektebene nach sich zieht. Vielmehr müssen wir uns darauf konzentrieren, was für die Menschen insgesamt am Ende erreicht werden konnte. Das ist ein besonders wichtiger Punkt.

Ich habe davon gesprochen, dass wir uns auf die globalen Ziele von Europa 2020 konzentrieren wollen. Hinsichtlich der Förderstruktur geht es in Zukunft sehr viel weniger darum, mit welchen Maßnahmen oder mit welchen Programmen Sie in den Mitgliedstaaten, in den Ländern, in den Kommunen arbeiten werden; vielmehr geht es uns darum, was Sie in Bezug auf die Ziele der Europa 2020-Strategie am Ende erreicht haben. Ich rufe nochmals in Erinnerung, dass Europa 2020 im Prinzip *Management by Objectives* ist. So wie Sie das aus Ihrer Verwaltungspraxis kennen; so wie wir das aus der Privatwirtschaft kennen. Man setzt sich vorab Zielvorgaben und man misst anschließend, inwieweit diese erreicht werden konnten.



Dieses Prinzip ist im weiteren Sinne auf die EU-Politik übertragen worden, und die EU hat sich kürzlich quantitative Ziele gesetzt. Für uns stehen beispielsweise folgende Indikatoren im Vordergrund: Reduzierung der Schulabbrecherquote, Erhöhung der Beschäftigungsquoten und die Frage der Armutbegrenzung. Letzteres bedeutet konkret eine Reduktion von mindestens 20 Millionen von Armut bedrohter Menschen bis 2020. Hierzu sollen die zukünftigen Programme einen Beitrag leisten und wir wollen genauer hinschauen, wie Sie mit Ihren Programmen diesen Beitrag leisten. Wie Sie das machen, ist sehr viel weniger im Interesse der Kommission. Dass Sie es aber machen, ist hoffentlich unser gemeinsames Anliegen. Um diese gemeinsamen Anforderungen zu erfüllen, müssen wir dennoch gleichzeitig bei der Komplexität der Fördersysteme gegensteuern. Denn nur so können Vereinfachungen und Zielorientierung Hand in Hand gehen.

Schließlich: das vierte Prinzip, welches wir verfolgen möchten, ist die Koordinierung und die Harmonisierung der unterschiedlichen Finanzinstrumente. Das könnte für Sie interessant sein, denn es bestünde zum Beispiel die Möglichkeit, Ihre bisherige Arbeit mit dem ESF zusätzlich mit anderen infrastrukturorientierten Investitionen zu unterfüttern. Das bedeutet, dass dann andere Fonds zum Einsatz kommen müssten. Diese Option ist zumindest aus unserer Sicht gegeben.

Was sind die zukünftigen thematischen Ziele des ESF? Wie gesagt haben wir drei Wachstumsdimensionen. Wir haben versucht, diese drei Wachstumsdimensionen von Europa 2020 auf elf thematische Ziele für die Strukturfonds herunter zu brechen. Diese elf Ziele sind direkt mit den globalen Zielsetzungen von Europa 2020 verknüpft und sind damit für alle Strukturfonds, also den Kohäsionsfonds, den Regionalfonds, den Fonds für ländliche Entwicklung, den Fischereifonds und den Sozialfonds verbindlich festgeschrieben.

Für den ESF haben wir vorgeschlagen, uns auf drei dieser elf Ziele zu konzentrieren:

- Die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und der Mobilität
- Die Erhöhung der Beteiligung in tertiärer Ausbildung und die Reduktion von vorzeitigen Schulverlassen
- Die Verbesserung der sozialen Eingliederung und die Armutsbekämpfung

Diese Ziele korrespondieren mit drei sogenannten *headline targets der Europa 2020 Strategie*. Diese bestimmen im Wesentlichen die Themen, die wir in Zukunft bearbeiten werden. Es existiert ein weiteres Ziel bezüglich der Verbesserung der Verwaltungskapazitäten, das aber vor allem für die ärmeren Regionen in Europa relevant ist und in Deutschland, wo alle Regionen zu den reicheren oder zu den Übergangsregionen gehören werden, keine Rolle spielen wird.

Nun werden Sie sagen: „Gut, das kennen wir“: Beschäftigung, Bildung, Berufsbildung, soziale Eingliederung – das ist nichts Neues für den Sozialfonds. Sie haben völlig Recht. Das sind im Prinzip die klassischen Einsatzbereiche des ESF. Der wesentliche Unterschied, den wir zukünftig anstreben, besteht darin, dass wir eine stärkere Konzentration der Mittel vornehmen werden. Von einem System, das eine breit gestreute Mittelvergabe in den Mitgliedsstaaten und Regionen vorsieht, wollen wir uns verabschieden. Das wird für manche schwierige Entscheidungen bedeuten. Aber wir glauben, dass eine bestimmte Konzentration der Mittel und damit einhergehende finanzielle Mindestansätze unvermeidbar sind. So können dann durch kritische Masse wirklich sichtbare Ergebnisse demonstriert werden.

Wie können wir es schaffen, dass diese Konzentration auf drei Ziele erreicht wird? Zunächst haben wir, und das ist eine Innovation auf europäischer Ebene, schon im Juni letzten Jahres vorgeschlagen, dass wir einen bestimmten Mindestansatz für den Europäischen Sozialfonds auf europäischer Ebene festlegen. Sie werden womöglich fragen, wie es sein kann, dass ein europäischer Fonds auf europäischer Ebene kein Budget hat. Nun, das ist bis heute die Realität, das sich das Budget des ESF immer nur ex post – nach der Verabschiedung der Programme - als Summe nationaler und regionaler Anteile des Sozialfonds darstellen lässt.

Wenn wir aber die Entscheidungen der Mitgliedstaaten über EFRE- und ESF-Anteile der letzten 15 Jahre zur Kenntnis nehmen, müssen wir feststellen, dass in diesem Zeitraum die Investitionen ins Humankapital, also in die Beschäftigungsfähigkeit, und in die soziale Eingliederung tendenziell immer mehr gesunken sind. In einigen Ländern sind die ESF-Anteile nicht sehr viel mehr als ein soziales Feigenblatt. Daher hat die Kommission dafür plädiert, an dieser Stelle ein Sicherheitsnetz einzuführen. Zumindest ein Minimumanteil von 25% des Budgetansatzes für die Kohäsion soll zukünftig für den ESF festgeschrieben werden.

Warum? Um genügend Mittel zur Verfügung zu haben, damit das Ziel des integrativen Wachstums auch mit Geld unterfüttert werden kann. Politik wird nun mal mit Geld gemacht und nicht nur mit schönen Worten und viel gutem Willen. Deshalb braucht es einen Budgetansatz, auch und gerade auf europäischer Ebene.

Innerhalb dieses Mindestansatzes, der für den Planungszeitraum 2014 bis 2020 nach unseren Vorschlägen 86 Mrd. EUR ausmachen würde, wollen wir 20% in jedem Mitgliedstaat für die soziale Eingliederung zur Verfügung stellen. Dadurch wollen wir dafür sorgen, dass die Mitgliedsstaaten eine bessere Balance zwischen Maßnahmen, die direkt die Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit unterstützen, und Maßnahmen, die sich wirklich auf die sozial ausgegliederten und von Armut bedrohten Menschen konzentrieren, herstellen.

Weiterhin haben wir vorgeschlagen, dass innerhalb der vereinbarten Schwerpunkte der Mitgliedsstaaten, nämlich der drei Themen Beschäftigung, Bildung und Berufsbildung sowie soziale Eingliederung, spezifische Problembereiche verstärkt in den Blick zu nehmen sind. Zwar weist jeder Mitgliedstaat Probleme im Bereich der Beschäftigung, der Bildung und der sozialen Eingliederung auf, allerdings mit unterschiedlichen länderspezifischen Ausprägungen. Entsprechend dieser länderspezifischen Problemlagen können die Mittel dann beispielsweise auf die Unterstützung Jugendlicher, älterer Arbeitnehmer oder die Reform von Arbeitsmarktinstitutionen konzentriert werden.

Wie heute schon wollen wir auch in Zukunft den ESF auf wichtige Prinzipien ausrichten, die bei der Umsetzung von Programmen einzuhalten sind. Das sind zum Beispiel die Fragen der Gleichstellung der Geschlechter oder Fragen der Antidiskriminierung. Wir sehen das weniger als eine Bürde für die umsetzenden Stellen, sondern vielmehr als eine Chance, ein europäisches Instrument einzusetzen, um Probleme der Antidiskriminierung oder Anforderungen der Chancengleichheit anzugehen. Zum Beispiel bietet Ihnen auch in Zukunft der ESF die Möglichkeit, den berühmten Gender Mainstreaming- Ansatz mit positiven Maßnahmen zu verstärken, um beispielsweise ganz gezielt Ungleichheiten oder Diskriminierungen entgegenzuwirken.

Das ist im Wesentlichen der Rahmen, den wir momentan diskutieren. Und der ist grundsätzlich im Rat und im Europäischen Parlament nicht unbedingt umstritten. Natürlich gibt es Einwände. Mitgliedsstaaten und auch das Parlament reagieren leicht allergisch, wenn bestimmte Prozentsätze bei den Mitteln festgelegt werden sollen. Es geht dabei grundsätzlich um den Konflikt, wie viel Planungssicherheit auf der einen und wie viel Flexibilität auf der anderen Seite gewährt werden kann. Beides gleichzeitig lässt sich nun mal nicht zu 100% realisieren. Nach unserer Logik besteht der Kompromiss darin, über sieben Jahre finanzielle Planungssicherheit abzusichern. Aber dann innerhalb dieser sieben Jahre eine Konzentration der Mittel auf weniger Schwerpunkte vorzunehmen. Wir müssen abwarten, wie diese Gespräche ausgehen.

Der Zeitrahmen sieht vor, dass die Gesetzesvorschläge bereits zu Beginn des Jahres 2013 durch den Rat und das Parlament verabschiedet werden. Das heißt aber nicht, dass Sie sich jetzt ausruhen und warten sollten, bis die Entscheidungen in Brüssel gefallen sind. Wahrscheinlich ist es sinnvoll, Ihre Interessen an europäischen Finanzmitteln früh anzumelden, weil die Abstimmung zwischen den zuständigen Stellen und Ministerien prinzipiell schon heute stattfindet. Es ist natürlich wichtig, sich frühzeitig aufzustellen, um klarzumachen, was eigentlich Ihr spezifischer Beitrag zur Erreichung der Ziele, wie ich sie anfänglich genannt habe, sein kann.

Was kann ein Programm wie STÄRKEN vor Ort in Zukunft – und von den Rahmenbedingungen her ist ein solches Programm ja möglich – dazu beitragen, um eines der drei globalen

Ziele zu erreichen? Was ist der konkrete Beitrag? Wie stellen wir uns das vor, entweder im Bereich Armutsbekämpfung oder aus dem Blickwinkel Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen, von Frauen oder anderen diskriminierten Gruppen, eine Zunahme der Erwerbsquote in der Bundesrepublik zu erreichen? Da müssen Sie früh anfangen, um Ihre entsprechenden Konzepte und Interessen kundzutun. Das ist kein Abstimmungsprozess, der auf Kommissionsebene stattfindet. Diese Gespräche müssen Sie in erster Linie selbst in Deutschland führen.

Lassen sie mich abschließen noch etwas zum Thema kommunale Strukturprogramme aus EU-Perspektive sagen. Generell haben wir, ich habe es eingangs erwähnt, auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon versucht, dem territorialen Charakter der Fonds stärker zu entsprechen. Und das schließt den ESF mit ein. Ihnen brauche ich nicht zu sagen, dass der ESF schon heute sehr wohl auf lokaler Ebene tätig sein kann – sie haben ja selbst dazu beigetragen. Es herrscht zum Teil aber das Bild vor, dass der ESF im Prinzip ein zentralstaatliches Instrument ist, welches die Regionen und die Kommunen nichts angeht oder das ihnen vorenthalten wird. Sie wissen, das ist nicht richtig. Aus der Vergangenheit kennen wir beispielsweise die territorialen Beschäftigungspakte. Wir kennen Aktionen wie das lokale soziale Kapital oder eben STÄRKEN vor Ort. Und wir wissen sehr wohl, dass in Abhängigkeit der unterschiedlichen Bedürfnisse und der unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen in den Mitgliedsstaaten alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung, wie auch der nicht-öffentlichen Organisationen in den ESF miteinbezogen worden sind.

Für die Zukunft möchten wir die Förderung auf sub-nationaler Ebene transparenter machen. Im Wesentlichen bieten wir mit den neuen Verordnungen drei Werkzeuge an, die parallel zueinander oder auch in Verknüpfung genutzt werden können. Einerseits bieten wir Ihnen explizit die Möglichkeit, solche Vorhaben wie die territorialen Beschäftigungspakte oder lokales soziales Kapital weiter zu fördern. Es gibt im Entwurf der ESF-Verordnung eine explizite Referenz dazu, dass das mit den entsprechenden Zielsetzungen möglich ist – Beschäftigungsfähigkeit, soziale Eingliederung, was immer sich auf dieser Ebene anbietet. Und wir bieten die Möglichkeit, diese Programme über Globalzuschüsse abzurechnen. Daraus ergibt sich eine direkte Delegation von Mitteln und Verantwortung – nicht nur Mittel, auch Verantwortung – von der nationalen Ebene auf die regionale, subregionale oder lokale Ebene.

Die zweite Möglichkeit birgt das bekannte LEADER-Modell. Das LEADER-Modell wurde im Fonds für die ländliche Entwicklung konzipiert. Dieses Modell sieht vor, dass sich die lokale Entwicklung dadurch gestalten lässt, indem lokale Entwicklungspartnerschaften unterstützt werden. Dem berühmten Bottom-up-Approach folgend geben sich die Akteure vor Ort erst einmal selber eine Strategie für die lokale Entwicklung. Dabei müssen sich diese lokalen Partnerschaften in erster Linie nicht vor der öffentlichen Verwaltung bzw. den Kommunen verantworten, sondern sind vor allem dem Nicht-Regierungssektor (NGOs) vor Ort verpflichtet. Die lokalen Partnerschaften können entsprechend ihrer Strategie dann beispielsweise Investitionen vornehmen oder Netzwerke aufbauen und unterstützen. Und soweit ich das beurteilen kann, ähnelt STÄRKEN vor Ort in vielen seiner Ansätze dem LEADER-Konzept. Die Kommission hat den Vorschlag gemacht, dass wir dieses LEADER-Konzept für alle vier Strukturfonds zur Anwendung bringen können. Dabei handelt es sich wiederum um eine Option für die Mitgliedsstaaten. Es besteht kein Zwang. Aber wir empfehlen das LEADER-Modell nachdrücklich, um das, was aus unserer Sicht erfolgreich gewesen ist, sowohl im Rahmen des ländlichen Entwicklungsfonds, des Fischereifonds, des EFRE und auch des ESF einzusetzen. Und zusätzlich bieten wir die Möglichkeit, die Verwaltungskosten der lokalen Partnerschaften, unabhängig vom spezifischen Tätigkeitsfeld aus einem Fonds abzudecken. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, dann vereinfacht Investitionen je nach Bedarf aus den anderen Fonds zusammenzustellen.

Und schließlich hat sich die Kommission auch dazu entschlossen, den Ansatz der städtischen Entwicklung, der bisher ein reiner EFRE-Ansatz gewesen ist, für den ESF zu öffnen. In der entsprechenden EU-Verordnung steht, dass die Mitgliedstaaten beim Einreichen ihrer Programme darlegen müssen, wie sie 5% der EFRE-Mittel für den städtischen Bereich einsetzen wollen. Wir bieten zukünftig explizit die Möglichkeit, den ESF – komplementär zum EFRE – für die Stadtentwicklung und die städtische Regeneration einzusetzen.

Ich komme zum Schluss. Die Frage, ob die Finanzierung von kommunalen Strukturprogrammen aus europäischer Sicht problematisch ist, ist relativ einfach zu beantworten: Die Antwort lautet „Nein“! Und das gilt auch für den ESF. Die Verordnungsentwürfe bieten sehr viele Möglichkeiten, solche Programme zu finanzieren. Nur müssen die Vorschläge dazu von Ihnen, von den Mitgliedstaaten kommen.

Ich bedanke mich dafür, dass Sie mir so lange zugehört haben. Vielleicht haben wir im Anschluss noch die Möglichkeit zu diskutieren und Fragen zu beantworten.

Herzlichen Dank.

8. Zusammenfassung der Ergebnisse der Podiumsdiskussion: Impulse und Perspektiven aus STÄRKEN vor Ort für die Gestaltung neuer ESF-Programme

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Frau Sabine Schulte Beckhausen (Leiterin des Referats Chancengerechtigkeit, Integration, Jugendsozialarbeit im BMFSFJ)

Herr Thomas Bender (Leiter des Referats Strategische Planung ESF, EU-Kommission)

Frau Sabine Ender (Lokale Koordinierungsstelle Landkreis Hersfeld-Rothenburg)

Frau Anett Schrenk (Lokale Koordinierungsstelle Landkreis Mittelsachsen)

Herr Hansjörg Diers (Lokale Koordinierungsstelle Bezirksamt Hamburg-Mitte)

Die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion und später auch die Zuschauerinnen und Zuschauer diskutieren über Perspektiven und Rahmenbedingungen zukünftiger ESF-Bundesprogramme. Anregungen, Möglichkeiten, aber auch Restriktionen hinsichtlich zukünftiger Programmgestaltungen sollen aus den jeweiligen Perspektiven der EU-Kommission, des Bundesfamilienministeriums und der umsetzenden Kommunen erörtert werden. Dabei sollen insbesondere auch die Erfahrungen aus STÄRKEN vor Ort einfließen, um bewährte Instrumente bzw. Programmkomponenten für die ESF-Förderperiode ab 2014 zu konservieren.

Vorbereitung und Abstimmung der ESF-Interventionsphase 2014-2020

Herr Bender skizziert zunächst den aktuellen Stand des Abstimmungsprozesses auf EU-Ebene: Die Umsetzung der Strukturfonds und des ESF erfolgt im sogenannten „Verhaltenskodex zur Partnerschaft“. Dieser sei ein entscheidender Grundsatz der EU-Strukturpolitik und beinhaltet die Partnerschaft zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten auf den verschiedenen Verwaltungsebenen sowie mit den Wirtschafts-, Sozial- und sonstigen Partnern. In die Gespräche zur Ausgestaltung der Programme sind also nicht nur die Mitgliedstaaten einbezogen, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter der Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Programmplanungen der Mitgliedstaaten sollten möglichst früh starten. In Deutschland zeichnen das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium für die Mittelbeantragung und -verwaltung der Brüsseler Strukturfonds verantwortlich. Frau

Schulte Beckhausen ist zuversichtlich, mit den Programmen der Initiative JUGEND STÄRKEN gut aufgestellt zu sein.



Jugendprogramm „aus einem Guss“ unter kommunaler Steuerung

Was ist bei STÄRKEN vor Ort gut gelaufen? Was sollte in die neue ESF-Förderperiode „mitgenommen“ werden? Frau Schulte Beckhausen attestiert dem Programm Erfolge in der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und im Aufbau von Strukturen. Sie wünscht sich zukünftig aber auch eine stärkere Verknüpfung mit der Jugendhilfeplanung. Die Wirkungen auf Ebene der Adressatengruppen müssten noch abschließend ausgewertet werden. Zukünftig steht der individuelle Ansatz für Frau Schulte Beckhausen im Vordergrund. Sie verweist dabei auf die Rechtsgrundlage der Jugendsozialarbeit (§ 13, SGB VIII). Grundsätzlich wird sich das BMFSFJ für eine Zusammenfassung der derzeit bestehenden Teil-Programme einsetzen. Angedacht ist zukünftig *ein* Jugendprogramm „aus einem Guss“, das beispielsweise bewährte Module wie niedrigschwellige Aktivierungshilfen mit einschließt.

Stärkung der kommunalen Ebene durch mehr Entscheidungskompetenzen vor Ort

Die Ankündigung der Stärkung der kommunalen Ebene wird von den Koordinatorinnen und Koordinatoren grundsätzlich begrüßt. Die an der Diskussion beteiligten kommunalen Vertreter und Vertreterinnen wünschen sich zukünftig mehr Entscheidungskompetenzen bei der Umsetzung von ESF-Bundesprogrammen. Weitestgehender Konsens auf Seiten der Kommunen besteht bei folgenden Punkten:

- Aufweichung des Adressatenbezugs (keine strikten Alters- und Geschlechterbegrenzungen hinsichtlich des Programmzugangs)
- Größerer Ermessens- und Gestaltungsspielraum im Abrechnungsprocedere (mehr kommunale Eigenverantwortung)
- Weiterbestehen der Möglichkeit mit niedrigschwelligen, innovativen Kleinstprojekten zu arbeiten, um besonders benachteiligte Gruppen zu erreichen (keine zu enge Auslegung des Beschäftigungsaspektes)
- Weiterbestehen und Ausbau flexibler, fachübergreifender Ansätze, mit denen auch die Stärkung des Gemeinwesens und/oder die Unterstützung der sozialen Infrastruktur vor Ort möglich bleibt

Insbesondere Herr Diers vom Sozialraummanagement des Bezirks Hamburg-Mitte wünscht sich mehr Gestaltungsspielräume hinsichtlich der Durchführung von Mikroprojekten, deren Grundkonzept (Kleinstzuschüsse) sich aus seiner Sicht bewährt hat. Auf kommunaler Ebene

sollten Zielgruppenzugang, Laufzeiten und Förderhöhen dezentral entschieden und verantwortet werden. Herr Bender von der EU-Kommission kommt den Anregungen und Vorschlägen der Kommunen weitestgehend entgegen und stellt

- eine breitere Definition der Begrifflichkeiten „Arbeitsmarktzugang“ und „Beschäftigungswirksamkeit“ hinsichtlich der Auswahl von Zielgruppen,
- mehr Entscheidungskompetenzen – eine inhaltlich-thematische Fokussierung vorausgesetzt – bei der Programmgestaltung auf nationaler oder regionaler/lokaler Ebene,
- das Aufbrechen des „Silo-Denkens“ nach Kompetenzbereichen und mehr ressortübergreifende Zusammenarbeit (wie bisher in STÄRKEN vor Ort geschehen)

für die kommende ESF-Förderperiode in Aussicht.

Frau Schulte Beckhausen verweist hinsichtlich der vermeintlich zu komplizierten Abrechnungsmodalitäten auf EU-rechtliche Vorschriften, die der Bund umzusetzen habe. Gleichzeitig weist sie aber auf künftige Vereinfachungsmöglichkeiten in Form von Pauschalen hin, die in Zukunft konsequenter genutzt werden müssten. Die Aufweichung des Adressatenbezugs – insbesondere auch hinsichtlich der Altersbegrenzungen – schätzt Frau Schulte Beckhausen kritischer ein.

Diskussion über Antragsmodalitäten und Fördergebietszuschnitte verfrüht

Kontrovers diskutieren die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter hingegen die Fragen möglicher zukünftiger Gebietszuschnitte und Antragsmodalitäten. Koordinatorinnen und Koordinatoren (Frau Schrenk und Frau Ender), die für die Umsetzung von STÄRKEN vor Ort in Landkreisen (Säule II) zuständig sind, weisen auf die besonderen Herausforderungen auf der regionalen Umsetzungsebene hin. Dazu gehören ein größerer Ressourcen- und Zeiteinsatz für den Aufbau der dortigen sozialen Infrastruktur, die Etablierung anderer Formen der Beteiligung von Zielgruppen sowie die Bewältigung des demographischen Wandels v.a. im



ländlichen Raum. Wie ihre Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinden und Städten fordern die Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise mehr Autonomie und Entscheidungskompetenzen bei der Programmausgestaltung (z.B. bedarfsgerechte Förderung von Frauen aufgrund des demographischen Wandels), favorisieren aber die regionale Ebene als verantwortlichen Fördermittelumsetzer. In der Frage des Gebietszuschnitts sind sich die Kommunen nicht einig: auf Seiten der Städte und Gemeinden wird die Befürchtung formuliert, dass kleinere Standorte zukünftig bei einem großen Programm – wie vom Familienministerium angedacht – möglicherweise nicht berücksichtigt werden. Aber gerade eine dezentrale Umset-

zung in kleinen Gemeinden bzw. Stadtteilen garantierten einen optimalen Zugang zu den benachteiligten Menschen vor Ort. In diesem Zusammenhang weisen mehrere Koordinatorinnen und Koordinatoren auf die Wichtigkeit eines interdisziplinären Ansatzes hin, der die zielgerichtete Förderung benachteiligter Quartiere bzw. Sozialräume verfolgt – gerade auch vor dem Hintergrund knapper werdender Mittel für die soziale Stadtentwicklung.

Frau Schulte Beckhausen bestätigt, dass auf Bundesebene ressortübergreifend über die Konzeption zukünftiger ESF-Programme gesprochen und entschieden werden muss. Die Anregungen und Vorschläge von Seiten der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter sollen in diesen Abstimmungsprozessen ebenfalls Berücksichtigung finden. Frau Schulte Beckhausen macht aber deutlich, dass eine Diskussion über exakte Antragsmodalitäten und mögliche Fördergebietszuschnitte zu diesem frühen Zeitpunkt noch keinen Sinn ergeben („Das ist Zukunftsmusik.“).

Trotz weniger EU-Gelder für Deutschland – gute Aussichten für kommunale Strukturprogramme

Herr Bender nimmt angesichts der breiten Themenpalette, die die Koordinatorinnen und Koordinatoren angesprochen haben (z.B. Frauenförderung, Förderung von Landkreisen / Stadtteilen, Sozialräume, soziale Integrationsprojekte, Zielgruppenfestlegung unabhängig vom Alter), noch einmal Stellung zur geplanten Bündelung der ESF-Gelder ab dem Jahr 2014: Die Konzentration bezieht sich zunächst sowohl auf eine geographische als auch auf eine thematische Fokussierung der zukünftig bereitgestellten ESF-Mittel. Zwei Drittel der Fördergelder sollen auf die 120 Mio. Menschen in den ärmsten Regionen der Union entfallen – darunter ist keine einzige deutsche Region vertreten. Das führe automatisch zu geringeren Fördermitteln in bundesdeutschen Gebieten. Aber es bestehe ein Absicherungssystem, das Regionen, die ab 2014 aus der Konvergenz rausfallen, ein Minimum an Fördermittelzuwendungen garantiere: Keine dieser Regionen soll zukünftig mehr als ein Drittel seiner bisherigen Förderzuwendungen verlieren; damit ist gesichert, dass jede Region weiterhin –wenn auch eine geringere - Förderung aus Brüssel erhalten kann. Gleichzeitig sind diese voraussichtlich geringeren Mittel thematisch an den politischen Prioritäten auszurichten, die zwischen den Mitgliedstaaten, dem europäischen Rat und der Kommission gemeinsam festgelegt werden. Herr Bender beendet seine Stellungnahme mit einem Plädoyer für kommunale Strukturprogramme, die insbesondere die soziale Eingliederung benachteiligter Personen und den territorialen Zusammenhalt unterstützen.

9. Kulturelle Acts im Rahmen der Abschlusskonferenz



Im Rahmen der Abschlusskonferenz wurden verschiedene Acts aufgeführt, die zum einen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in kultureller Form unterhielten und zum anderen erfolgreiche STÄRKEN vor Ort-Projekte präsentierte. Ehemalige Mikroprojektteilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter 21 Jugendliche und eine Wiedereinsteigerin, aus drei verschiedenen Projekten engagierten sich bei der Programmgestaltung und lieferten mit Hip-Hop, Cajontrommeln und Modern Dance abwechslungsreiche kulturelle Beiträge. Bemerkenswert dabei ist, dass sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch nach Ende von STÄRKEN vor Ort weiterhin engagieren und damit Beispiele für eine gelungene Verstetigung darstellen.

Drei Jungs von der Hip Hop Gruppe „YALOE“, angereist aus Koblenz, gestalteten mit den zwei Songs „Alles steht still“ und „Kopf zu“ den Vormittagsbeitrag. Die Jugendlichen nahmen 2011 am Mikroprojekt „Gewaltprävention durch Hip-Hop“ teil und wurden in der Stärkung

ihrer Schlüsselkompetenzen und im Bereich der Gewaltprävention unterstützt. Die Jungs treten weiterhin bei Veranstaltungen in Koblenz auf.

Die Mittagspause wurde musikalisch eingerahmt durch zwei Auftritte der „Albert-Schweitzer-Drummer“. Die neun Jungs aus Hamm führten mit ihrem Begleiter auf den selbst gestalteten Cajons (Holzkistentrommeln) eigens komponierte Stücke auf. Im Rahmen des Mikroprojektes „Cajonbau“, das 2011 im Hammer Norden umgesetzt wurde, erlernten sie den Bau des Cajons und erhielten damit Basisqualifikationen für den Bereich Handwerk sowie wichtige Schlüsselqualifikationen. Obwohl sich fast alle Teilnehmer des Projektes inzwischen in einem Ausbildungsverhältnis befinden, treffen sie sich weiterhin.



Der Nachmittag wurde durch einen Auftritt der Modern Dance-Truppe „Dance Attack“ aus Weißwasser mitgestaltet. Die neun Mädchen konnten im Mikroprojekt „Kreativität“ in ihren Schlüsselkompetenzen unterstützt werden. Darüber hinaus konnte eine Wiedereinsteigerin, die die Mädchen betreute, gefördert werden. Frau Hellbig war für das Schneiden der Kostüme und die Organisation der Aufführungen verantwort-

lich und erhielt damit wertvolle Unterstützung für ihren beruflichen Wiedereinstieg. Sie unterstützt die Mädchen weiterhin ehrenamtlich. Die Mädchen führten einen Show Dance auf.

Anhang: Liste der Wandaussteller/innen

Bundesland	Gebietskörperschaft	Fördergebiet	Aussteller/in
Baden-Württemberg	Stadt Karlsruhe	Innenstadt-West, Mühlburg und Oststadt mit Erweiterung Rintheimer Feld	Frau Smolik
Bayern	Stadt Nürnberg	Gostenhof/Bärenschanze/Eberhardhof, St.Leonhard/Schweinau und Südstadt	Herr Fischer
Bayern	Stadt Regensburg	Humboldtstraße/Kasernenviertel	Frau Raith
Bayern	Stadt Kaufbeuren	Neugablonz	Frau Moser
Brandenburg	Landkreis Prignitz	Landkreis Prignitz	Frau Hahn
Hessen	Stadt Wiesbaden	Biebrich/Parkfeld und Westend/Bergkirchenviertel	Frau Schobes
Hessen	Stadt Offenbach	Nordend und Innenstadt Ost	Frau Thölking
Hessen	Stadt Gießen	Nordweststadt	Herr Burghardt
Nordrhein-Westfalen	Stadt Dormagen	Hackenbroich	Frau Fernhornberg
Rheinland-Pfalz	Stadt Trier	Nord, West und Ehrang	Frau Stoff
Sachsen	Landkreis Görlitz	Landkreis Görlitz	Frau Fabisch
Sachsen	Stadt Freiberg	Stadt Freiberg	Frau Pilz
Sachsen	Stadt Leipzig	Leipziger Westen, Leipziger Osten und Grünau	Frau Burger
Schleswig-Holstein	Stadt Neumünster	Vicelinviertel, Sozialraum Nordost/Wilhelm-Tank-Schule und Böckler-Siedlung, Stadtumbaugebiet West bis zur Gesamtschule Faldera	Frau Basting

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0180 1 907050*
Fax: 030 18555-4400
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115**
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: April 2012

Gestaltung Titel und Impressum: www.avitamin.de

- * 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen
** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche
Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung.
Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen,
Nordrhein-Westfalen u.a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de;
7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.